

Bezugspreis: Vierteljahr 36.- M. monatlich 12.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 23. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Das Echo der Rede Briands.

Zurückhaltung bei den Engländern.

New York, 22. November. (Zuspruch des WTB.) Ein Telegramm der 'New Yorker Tribune' aus Washington berichtet, die Engländer ...

Zufriedenheit in Paris.

Paris, 22. November. (WTB.) Zur Rede Briands schreibt der 'Lemps', es sei nötig gewesen, darzutun, daß man Frankreich nicht vorwerfen könne, die Beschränkung der Heere verhindert zu haben ...

wesentliche Zweck des Krieges nicht erreicht (!)

worden sei, weil er das Ende des verderblichen bewaffneten Friedens sein sollte, der aus dem Vertrag von Frankfurt hervorgegangen sei ...

Auch Briand ist befriedigt.

Washington, 22. November. (TU.) Nach der gestrigen Sitzung der Konferenz erklärte Briand, daß die französische Delegation tief gerührt sei von der Art und Weise, in der seine Rede aufgenommen worden sei ...

Eine Schweizer Mahnung an Frankreich.

Bern, 22. November. (WTB.) Der 'Berner Bund' schreibt zur Rede Briands: Wir wollen uns die Gegenfrage, wie es mit der moralischen Abrüstung in Frankreich steht, schenken, und nur sagen, daß uns die Befürchtungen des französischen Premierministers übertrieben erscheinen ...

Studienreise durch Deutschland.

München, 22. November. (Eigener Drahtbericht.) Angesichts des allgemeinen Mißtrauens, das im Verhältnis des Auslandes zu Deutschland immer wieder zutage tritt und für beide Teile schädlich ist, haben sich die deutschen Gewerkschaften durch eine neue Initiative ein weiteres Verdienst erworben ...

Hier wurden gestern und heute unter Führung des ehemaligen Reichswirtschaftsministers Genossen Wissell eine Reihe von Privatbetrieben in München und Dachau, darunter vor allem auch die Deutschen Werke, besichtigt ...

Der bayerische Ministerpräsident Graf Berchthold hat die Internationale Kommission, bayerische Politiker und Vertreter der bayerischen Gewerkschaften morgen zu sich geladen, um über die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche die Kommission in Deutschland studieren soll, durch seine Beamtenschaft eingehend Bericht erstatten zu lassen ...

Kollet in Erfurt.

Wie die 'Dena' erfährt, hat sich General Kollet nach Erfurt begeben, um auch die dortigen Anlagen der Deutschen Werke zu besichtigen. Er will auch das Werk Wolfgang aufsuchen, um sich über die Verhältnisse an Ort und Stelle zu informieren ...

Großer Krach im Palais Bourbon.

Paris, 22. November. (WTB.) In der heutigen Kammer-sitzung brachten die Kommunisten Interpellationen ein, die sich auf die sofortige Freilassung der in Paris gewählten Rumpkabinets Marx und Sadina beziehen ...

Auswärtiges Amt und Republik.

Wir haben vor geraumer Zeit auf die unerhörte Provokation der deutschen Republik durch die ungarische Horthy-Regierung hingewiesen, die ein Beileidstelegramm an Seine Majestät den König Rupprecht von Bayern gerichtet hatte. Wir verlangten von der Reichsregierung, daß sie sofort in Budapest energisch gegen diese Unverschämtheit protestiere ...

Wirths schwerer Weg.

Es hat keinem von uns behagt, daß der Reichszankler Dr. Wirth gestern in so höflich diplomatischen, so vorsichtig abgewogenen Redewendungen von der fragwürdigen Kredit-hilfe der Industrie gesprochen hat ...

Jedoch läßt sich die Rede des Reichszanklers, die gedämpft klingt wie das Gespräch einer Krankenschwester, nicht anders verstehen als dahin, daß die Regierung die Bedingungen der Industrie ablehnt. Etwas anderes ist ja auch sachlich gar nicht möglich ...

Die Frage ist heute die, ob die Industrie unter Verzicht auf ihre Bedingungen langfristige Kredite für das Reich zur Bezahlung seiner nächsten Reparationszahlungen flüssig machen will, oder ob das Reich den Versuch machen muß, die nötigen Summen selber bei ausländischen Geldverleihern aufzubringen ...

Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß der erste Weg der leichtere ist, denn die Industrie ist reich und das Reich ist arm. Die Industrie ist im Besitz der Wirtschaftssubstanz, sie ist als Eigentümer verpfändbarer Werte kreditfähig ...

In der gestrigen Sitzung der vereinigten Steueraus-schüsse hat der Volksparteiler Dr. Hugo vor einem Eingriff des Reichs in die Substanz gewarnt, weil dadurch die Kreditfähigkeit der Industrie geschwächt würde. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig, aber was nützt uns die Kreditfähigkeit der Industrie, wenn sich das Reich ihrer nicht bedienen kann ...

Durch die Erfassung der Sachwerte soll das Reich zu einem Viertel an den großen werdenden Vermögen beteiligt werden. Es wird dadurch zum Gesellschafter der großen Erwerbsgesellschaften, der ohne gemeinen Betrug in seinem Anteil an den Erträgen nicht verdrängt werden kann ...

Die Frage ist: Wer hilft dem Reich, die drohende schwere Krise zu überstehen? Wenn es nicht die Industrie tut, dann muß es die Mehrheit des Reichstags tun, indem sie nicht nur rasch die Steuern in der geforderten Höhe bewilligt, sondern auch darüber hinaus dem Reich aus den Mitteln der Privatwirtschaft das Erforderliche zur Verfügung stellt ...

In Washington hat am Montag der französische Ministerpräsident Briand die lange erwartete große Rede gehalten, in der er die Unmöglichkeit einer Abrüstung Frankreichs zu beweisen versuchte. Die Frage ist auch für uns von brennendem Interesse, denn unser Unglück hat es gewollt, daß wir jetzt den französischen Militarismus mitbezahlen müssen ...

Bestände in Deutschland nicht auf das, was leider besteht oder bestanden hat und von der Sozialdemokratie entschieden bekämpft wird, würde das Bild der friedlichen Republik, die Deutschland heute in Wirklichkeit ist, nicht immer wieder durch alldeutsche Fragen entstellt, so wäre Herrn Brand nichts, aber auch gar nichts geblieben, worauf er seine These von der Unenbehrlichkeit der französischen Rüstung hätte stützen können. Unsere Rationalisten sind die freiwilligen Helfer des französischen Imperialismus!

Liegt es aber auf wirtschaftlichem Gebiet nicht genau so? Das herausfordernde Gehaben, mit dem sich das deutsche Industriekapital auf seinem Geldsack spreizt, die übermütige Behandlung, die es seinem eigenen Staat zuteil werden läßt, wirkt nicht nur nach innen aufreizend, sondern auch nach außen. Das Verhalten der Industriekapitale liefert dem Ausland alle Argumente für die Behauptung, daß Deutschland zahlen könne, aber nicht zahlen wolle. Deutschland, das ist für das Ausland nicht bloß das Deutsche Reich mit seinen leeren Taschen, sondern das weite deutsche Land, mit allem, was auf ihm steht, seinen Fabriken, seinen kommerziellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen. Und wenn dann das Ausland zu der Meinung kommt, daß Deutschland in Wahrheit nicht von seiner demokratischen Regierung regiert wird, die Erfüllungspolitik treibt, sondern von kapitalistischen Herrenmenschen, die diese Politik hinter treiben, welche Folgerungen ergeben sich daraus für Deutschlands Schicksal?

Was ist die Politik der Erfüllung? Sie ist die Fortsetzung der Politik der Verständigung unter veränderten Umständen. Die Politik, die während des Krieges auf einen Frieden der Rettung, einen Frieden der Erhaltung und der Verständigung hinsteuerte, mußte scheitern, weil sich die wirkliche Macht nicht in den Händen Bethmanns befand, sondern in den Händen Ludendorffs. Die Erfüllungspolitik, die darauf hinausläuft, solange den äußeren geschäftlichen Verpflichtungen nachzukommen, bis die Gegner ihre Unerfüllbarkeit erkennen und zu einer Verständigung reif sind — diese Erfüllungspolitik wird scheitern, wenn sich herausstellt, daß sich die wirkliche Macht nicht in den Händen Bethmanns befindet, sondern in den Händen des Herrn Stinnes, daß sie nicht beim Reichstag liegt, sondern beim Reichsverband der deutschen Industrie.

Alles hängt davon ab, ob es dem Reichskanzler Wirth gelingt, seine Erfüllungspolitik solange fortzusetzen, bis die Gefahr der schwersten Katastrophen für das Reich überwunden ist. Alles hängt davon ab, ob wir einen Reichstag haben, der die Notwendigkeiten der Zeit begreift und danach handelt. Mit einer Politik der schwankenden Entschlüsse bringen wir das Reichsamt nicht durch den Sturm. Und da die Politik des „nationalen Widerstandes“ eine Phantasmagorie ist, deren Wesen kein Mensch erklären kann, bleibt nur die Politik der Erfüllung. Sie mit Entschiedenheit und, wo es nottut, auch mit Härte durchzuführen, müssen Regierung und Reichstag stark genug sein.

Die Forderungen der Arbeiter.

ADGB und Afa-Bund beim Reichskanzler.

Berlin, 22. November. (W.B.) Der Reichskanzler empfing heute Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes, welche die durch die Presse bereits bekanntgewordenen Forderungen zur Behebung der Finanznot des Reiches überreichten. Die Vertreter der genannten Verbände erläuterten ihre Forderungen eingehend; die Stellungnahme der Reichsregierung wird in einer zweiten Sitzung bekanntgegeben werden, die binnen kurzem stattfinden wird.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen. Die Vertreter Deutschlands für die Verhandlungen über Ober-Ost, Schiffer, Seewald und Graf Schulenburg, sind in Genf eingetroffen. Die erste Sitzung mit den polnischen Vertretern findet heute vormittag unter Calondero Vorsitz statt.

Proletarierfrauen.

Die Frau Gehelmedin mit der dünnen Seele rumpft die Nase, und ihr supides Gesicht wird noch länger, wenn sie das Wort Proletariat nur hört. Und gar erst die Proletarierfrauen, was man sich von denen alles erzählt! Da ist die Frau Elis und die Frau Harenhold, beide voll dampfenden Lebensgefühls, die treiben es erg mit den Männern, vernachlässigen ihre Kinder und suchen sich verborgene Freuden. Da ist die nabeisichende Berta Red, die keine Unterkunft fand und nun im Freundeshaus den Mann der tranken Frau mit ihrer drängenden Brüste wild und begehrt macht. Und diese trank, betrogene Frau schreit nicht vor der Gänze des Selbstmordes! Dort wieder überläßt eine schwache Kreatur, der der Krieg den Mann und Ernährer verschlang, ihre Kinder dem Armenhaus. Und gar Benita, das junge, überschäumende Ding mit den heißen Einnen, erfüllt von Trunkenheit nach den ungeliebten Dingen, folgt zügellos ihrem pochenden Blute und wird „so eine“.

Proletariermädchen, Proletarierfrauen! Wißt ihr Klagen-geheiß, ihr morsigvermerkten Blüher beiderlei Geschlechts, was das heißt? Das heißt: Dulderrinnen, stumme Heldinnen, Opfer! Das Wort Proletarierfrau ist angefüllt bis zum Rande mit Schicksal! Und wenn diese Proletarierfrauen, abgeradert und krank, zerbrechen, oder jung und hilflos, sehnüchlich und glücksdurstig, verderben (wie ihr es nennt), — wen klagt ihr dessen an? Jense Glucksentzuden, Unerlösten, Unfreien, Beladenen, die in dampfen Häusern zusammengepackt, gegenseitiger Verführung preisgegeben wohnen, wo die Stuben ohne Licht und Luft, wo das Blau des Himmels und das Grün des Waldes nicht hindommt und das Gend tägliger Gast ist! Und laßt draußen um sie her nicht das draußende, helle, lachende Leben? Sie sind arm, sie sind jung, sie sind unbehütet und allein. Denn es ist Krieg! Keine friedliche Familienmutter trennt sie von den Versuchungen der Welt, keine Schändel umgibt sie. Der Krieg machte sie zu einsam Kämpferinnen, hat ihnen ihre Liebsten, ihre Männer genommen und sie hilflos in die Brandung des verwilderten, entseffelten Lebens geschleudert. Die Heilmümpferinnen unterlagen. Der Moloch Krieg fraß ihre heiligen Freuden und fraß ihre Kraft. Hatten sie kein Recht auf Freude, auf Sonne, auf Liebe? Und draußen wird der, für den das junge Herz rein und gut glüht, dahingerafft; lange wartete sie sehnüchlich auf seine Heimkehr, — mit brennendem Blute dem Fuß des Lebens laufend, und weil sie allein blieb, ihm folgend. Der draußen aber sieht noch in seiner Sterbestunde die Liebste rein und verklärt, und der Tod hat ihm das Traurige erspart, sein fernes, unbehütetes Mädchen als das Mädchen aller zu wissen. Auch seiner Mutter blieb der Schmerz erspart, dem geliebten Sohne diese Wahrheit ins Feld schicken zu müssen. Wer will die Schiffsbrüchigen anklagen, wer eine Schuld aussprechen? Alle diese Gestalten, diese unglücklichen und armen Würmer, die Henni Lehmann in ihrem nachdenklichen Buche in wechselvollen Bildern vorführt, erlagen den Versuchungen ihres Herzens und den

*) „Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17.“ Erzählung von Henni Lehmann. Berlin 1921. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin.

Bolschewist Radbruch.

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde der Professor Wolff, für die damalige Zeit eine philosophische Größe, von der Universität Halle verjagt. Ein neidischer Professorenklingel hatte ihn bei Friedrich Wilhelm I. denunziert: Wolff lehre die Unfreiheit des Willens. Das bedeute, daß ein desertierender Grenadier nicht bestraft werden könne, weil er ja in seinem Willen nicht frei gewesen sei. Friedrich Wilhelm I., dem die „langen Kerls“ als höchstes Gut galten und Desertion als größtes Verbrechen, geriet in Zorn und jagte Wolff davon.

An diese Zeiten, wo von Wissenschaft wenig, von einem intriganten Klingel desto mehr an den Universitäten zu spüren war, wird man gemahnt, wenn man den Artikel liest, den der „ordentliche Honorarprofessor der Rechte in Kiel“, Dr. v. Beseler, in der „Kreuz-Zeitung“ gegen seinen ehemaligen Kollegen, den jetzigen Reichsjustizminister Benno Radbruch schreibt. Trauriger Universitätskassier, gegen den sich ein Althungerkassier in Binneberg noch als geistige Höhe ausnimmt. „Haben Sie schon gehört, Frau Nachbarin, der Radbruch ist sozialdemokratischer Reichsminister geworden — und seine Eltern waren doch so brave anständige Leute! Wie muß diesen armen Menschen um ihren mißratenen Sohn zumute sein?“ Ja wirklich nicht so zu lesen bei der Kaffeeschwester Berta Treppenklatsch, sondern bei dem „ordentlichen Honorarprofessor“ Dr. v. Beseler. Wir erfahren nämlich, daß Radbruchs Vater, „ein würdiger alter Herr“ — hörst du's, unwürdiger Sohn! — „mit Kummer und Schmerzen“ die politische Entwicklung des Sohnes beklagt, und neben diesem wird noch eine „vortreffliche“ Schwester ins Feld geführt, damit sich auf solchermaßen strahlendem Hintergrunde die dunkle Gestalt des sozialistisch degenerierten um so schauerlicher abhebe.

Wo Matsch blüht, gedeiht die Angeberei, die Verleumdung. Professor Beseler versteht sein Handwerk mindestens so gut wie Fräulein Berta Treppenklatsch. „Bestern hat man ihn mit der 3. auf der Straße gesehen, ich sage Ihnen, Frau Nachbarin, ich sage Ihnen... Das heißt, ich habe nichts gehört.“ Schreckliches weiß uns die Universitätskassabese Beseler über den sündigen Radbruch zu berichten. Der Mann ist gar kein Sozialdemokrat!

„Er gehört buchstäblich der mehrheitssozialistischen Partei an, ist aber in Wirklichkeit ein Unabhängiger.“

So Herr v. Beseler zu Anfang. Doch halt, ist das genug, um Mißtrauen zu säen? Die Unabhängigen unterstützen ja das Ministerium Wirth. Also muß Radbruch mehr sein als ein Unabhängiger, das schlimmste, schwärzeste, was ein ordentlicher Honorarprofessor sich in seinem wissenschaftsbuchdrängten Gehirn ausmalen kann! Also lassen wir so ganz belläufig etwas einfließen von Radbruchs „bolschewistische Ideen“. Immer noch nicht genug! Aber es weckt Argwohn, und der Leser ist geistig vorbereitet, wenn das professorale Matschweib am Schluß des Artikels mit der ganzen Mühsam zurückgehaltene Neugierde herausplagt:

„Ich würde Radbruchs Flugschrift und seine Erwiderung für durch und durch verlogen erklären, wenn ich nicht wüßte, daß Radbruch ein bis zum Jersten fanatischer Bolschewist ist. Denn das ist er: Bolschewist. Das mögen sich die Mehrheitssozialisten und das Zentrum gesagt sein lassen.“

Man könnte daraufhin das Matschweib v. Beseler je nach Wunsch für „durch und durch verlogen“ oder für „irrsinnig“ erklären, wenn sich nicht die Sache auf viel einfachere Weise psychologisch richtigstelle. Wer nämlich das ganze Elaborat von A bis Z liest, der erkennt sehr bald seinen wirklichen Inhalt: getränkte Eitelkeit eines wissenschaftlich unbedeutenden Professors gegen den geistig höherstehenden Kollegen, den der Kleine zwar nicht begreift, aber um so besser begeistern kann. Die Gehässigkeit dieser Seele enthüllt sich während und in den Schlussätzen:

„Ich schreibe hier in dieser Zeitung (der Konservation „Kreuz-Zeitung“, Red.), obgleich ich eigentlich der Deutschen Volkspartei

angehöre. Ich wollte bei denen stehen und kämpfen, von denen ich die stärkste Gegnerschaft gegen meinen Gegner erwarte.“

Ein unproduktives Gehirnchen, das nur in der Vorstellung eines Gegners arbeiten kann, an dem es sich reibt. Ein Gerne-groß auf dem Professorenhröndchen. Ein typischer Repräsentant des professoralen Klingels, der es nicht verschmerzt, daß Kollege Radbruch Minister werden konnte, während er, Herr von und zu Beseler, immer noch als ordentlicher Honorarprofessor in Kiel sitzt. Eine giftsprigende nationalstiftische Matschbabe. Ein Stückchen Mensch, das umgekehrt ausleuchtet wie Deutschlands geistige Wiedergeburt. Arme Jugend, die solch ein Mann erzieht!

Die Begleitmusik zu dem Geschrei Beselers „Radbruch ist Bolschewist!“ liefern die Auspöbelungen des Justizministers in der „Kreuz-Zeitung“. Da das Kommunistenblatt über die Arbeiterdeputationen bei Radbruch allgerhand Unwahrheiten verbreitet, so sei hier folgendes festgestellt: Sämtliche Arbeiterdeputationen, so viele ihrer auch kamen, sind vom Genossen Radbruch empfangen worden. Mit den meisten gelang es, in vertraulicher Aussprache eine Verständigung zu erzielen, die Deputationen ließen sich von der Richtigkeit der Haltung des Ministers überzeugen. Nur bei einer Deputation, die in Stärke von etwa 35 Mann unter der Führung des Kommunisten Kemele und der unabhängigen Abgeordneten Frau Jeth kam, war eine geregelte Aussprache und eine Verständigung nicht möglich. Da das Konferenzzimmer in diesem Augenblick gerade besetzt war, mußte der Minister mit der Deputation zunächst auf dem Flur verhandeln, empfing sie aber später nochmals. Er erklärte auch dieser Kommission, daß innerhalb zehn Tagen sämtliche Lichtenburger Fälle unter dem Gesichtspunkt der Begnadigung nachgeprüft werden würden, daß sämtliche politischen Mitläufer begnadigt werden würden. Da die Kommunisten aber auf ihrer Forderung der unterschiedslosen Begnadigung sämtlicher Gefangenen beharrte, verließ die Unterredung ergebnislos.

Untersuchung über Lichtenburg.

Der durch Reichstagsbeschluss vom 19. November 1921 eingeleitete Untersuchungsausschuss zur Prüfung der Zustände in den Strafanstalten stellt als Ergebnis seiner Untersuchungen in der Strafanstalt Lichtenburg fest:

Von keinem der Gefangenen sind Klagen über die Anstaltsverwaltung oder schlechte Behandlung durch das Anstaltspersonal oder über die Verpflegung und Unterbringung geäußert worden. Die danach Befragten erklärten, daß der Hungerstreik sich nur gegen das gefällte Urteil richtete, dem sie die Erklärung „Freiheit oder Tod“ entgegensetzten und gegen die Not, die ihre Familien leiden.

Wenn auch manche von den Nahrungsvorweigeren blaß und geschwächt ausfahen und einige Störungen der Magen- und Darmfunktionen sowie der Herzaktivität auswiesen, so bestand doch nach der Ansicht des ärztlichen Mitgliedes des Untersuchungsausschusses eine ernsthafte Lebensgefahr für keinen.

Der abends vorher erfolgte Abtransport der nach Torgau verlegten 31 Gefangenen sowie die Dislozierung der übrigen in das Lazarett und in Aufenthaltsräume für zwei oder drei Gefangene in Lichtenburg hat sich nach Angabe der Anstaltsbeamten ohne jede Gewaltanwendung und mit größter Schonung vollzogen. Entgegenstehende Angaben der Gefangenen wurden nicht vorgebracht.

Am Tage des Besuchs hatte bereits ein erheblicher Teil den Hungerstreik aufgegeben.

Brotauf (Dem.), Bruhn (Dnat.), Dr. Großhahn (Soz.), Dr. Herzfeld (Komm.), Merk (Bagr. Sp.), v. Rehbinder (J.), Rippler (D. Sp.), Dr. Rosenfeld (Unabh.).

München, 22. November. (U.) Von der Fraktion der bayerischen Mittelpartei wurde folgende Interpellation beim bayerischen Landtag eingebracht: „Der Reichstag hat einen Ausschuss zur Prüfung der unbilligen Zustände in den Strafanstalten“ eingesetzt. Derselbe ist jetztungsberichts nach in Preußen bereits in Tätigkeit getreten. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, falls der Ausschuss auch in Bayern in gleicher Weise vorgehen sollte, um ihrerseits eine solche Gefährdung der bayerischen Justizherrschaft zu verhindern?“

Rutenstreichen des sorgenschweren Lebens, weil ihr Proletarierdasein das unerbittlich grausame Verhängnis wurde, das die stillen Zermürbungen und den fiebernden Wutschub, der die Armen einem entgötterten Leben zutrieb. Der Krieg vernichtete nicht nur Existenzen, er vernichtete auch Seelen. Henni Lehmanns Wirklichkeitsbuch, getragen von stiller Größe und strenger Objektivität, greift an die Wurzel erster Zeilfragen. Frel von der Erregungsgebärde der Tendenz, gibt es das vollkommene Bild gefährdeter Lebensläufe. In ihrem Stil ist Wilhelm Raabes Art; man denkt an die Chronik der Sperlingsgasse. Tragik des Alltags, ausgefassen mit dem weiten Mantel echten Menschentums und befreit von der Trübung falscher Optik. Henni Lehmann verkündet die Botschaft der Nächstenliebe und des großen Mitleidens. J. M. V.

Von der Ratts und Ihesegleichen. Die große Rattenvertilgung, die auf den 23. d. M. angelegt ist, ruft mancherlei Erinnerungen an den Kampf des Menschen gegen das schädliche Nagetier wach. Freilich wissen wir nicht immer, ob mit dem im allgemeinen als Raus bezeichneten Tiere die Ratte oder sonst ein Geschöpf aus deren Verwandtschaft gemeint ist. Im Gesehe Wofis wird die ganze Sippe für unrein erklärt, und der längere Verweis bricht in Klagen darüber aus, daß Juden sich von solchem Fraßspeise nähren. Wenn 1. Samuells 6 erzählt wird, die Philister hätten die den Israeliten entziffene Bundeslade zurückgebracht und gleichzeitig fünf goldene Räufe als Weihgeschenk gestiftet, nachdem Räufe ihre Kleider verbeert hatten, so ist darunter wohl die Feldmaus zu verstehen. Nach dem Bericht des griechischen Geschichtsschreibers Herodot 209 Sancherib, der uns auch aus dem Alten Testament wohlbekannte König von Assyrien, gegen die Ägypter zu Felde. Lieber Nacht machte sich ein Schwarm von Feldmäusen über die Wäffen der Krieger her und zernagte alles Lederzeug derartig, daß die Leute wehrlos wurden und abzogen. Zum Andenken errichteten die Ägypter eine Statue ihres Königs, eine Maus in der Hand. Nach einer Mitteilung des Römers Justinus wurde die Stadt Ubdora in Thrazien von den Einwohnern geräumt, weil sie vor dem Ueberhandnehmen der Räufe und Frösche keine Ruhe mehr fanden.

Im Mittelalter spielen Raus und Rätte im Volksglauben eine bedeutende Rolle. Auch Dichtungen beschäftigen sich damit und nehmen oft einen sehr ernsten Zug an, wie u. a. die Erzählungen vom Mäuseurwurm bei Wingen, wo der böse Erzbischof Hatto von Mainz sein schreckliches Ende gefunden haben soll, und vom Rattenfänger von Hameln beweisen. Letztere beruht auf einer Art Wandersage. Einen gewissen Nachklang davon zeigt u. a. die unheimliche Gestalt der Rattenjungfer in Wien, „Klein Epoff“, die auf Kindheitserinnerungen des nordischen Dichtergreises zurückgehen soll. Eine beliebte Schöpfung der Volksfage ist der Rattenkönig. Er beruht auf einer lange Zeit von der Wissenschaft angezweifelter Naturerscheinung, dem Zusammenhängen einer Anzahl von Ratten, die mit den Schwänzen unaufköslich verwickelt sind. Wir sind begierig, ob bei der großen Rattenjagd am 23. Exemplare solcher Rattenkönige gefunden werden. Der Naturforscher würde damit ein großer Dienst erwiesen werden.

Vielleicht erhalten wir jezt auch Auskunft darüber, ob die

schwarze Hausratte (mus rattus) bei uns, wie behauptet wird, schon völlig durch die im 18. Jahrhundert von Osten her einmarchierende Wanderratte (mus decumanus) verdrängt worden ist. Untersuchungen in norddeutschen Städten, Straßund voran, vor nahezu vierzig Jahren ergaben, daß die Hausratte dort keineswegs ausgestorben war. Auch hat sie sich bis jezt dort noch erhalten. In früheren Jahrhunderten wurden die Ratten wegen des großen Unheils, das sie anrichteten, wiederholt von der Kirche feierlich in den Bann getan, machten sich aber in ihrer Gottlosigkeit nichts daraus. Wir wollen hoffen, daß die Maßregeln am 23. November eine bessere Wirkung erzielen, obwohl Knäppelunge und seine Garde nicht dazu aufgedoten ist.

Die Preispolitik unserer Theater. Der bekannte Theaterfachmann Max Epstein stellt in einem Aufsatz über die Preise der Theaterarten in der Zeitschrift „Das blaue Heft“ fest, daß die meisten Berliner Theater augenblicklich schlecht gehen und eine Krise besteht. Er findet den tieferen Grund für diese Zustände in der falschen Preispolitik der Theaterdirektoren. Der größte Fehler liegt nach seiner Ansicht „in der unsmnigen Hinzuverfügung der Eintrittspreise, selbst für die früher billigsten Plätze. Auch die anspruchsvollen Operettenunternehmungen haben keinen Gtar, der höher ist, als etwa 25 000 M. täglich. Sie haben aber tatsächlich eine Einnahmefähigkeit von 70 000 M. und noch mehr, und sie nehmen solche Summen auch an Sonntagen ab und zu ein. Darin aber liegt ein besonderes Geschäftsmander. Man darf nicht eine in der Sache nicht bearbeitete Tageskonjunktur ausnutzen und eine Leistung zu einem Preise abgeben, der sich nur durch eine zufällige Raune des Publikums erklärt. Man verjagt das Publikum, sobald sich nachher herausstellt, daß das Gehörte oder Gesehene nicht im rechten Verhältnis zum Preise steht. Es ist unsmnig, für Premierer, die sich als minderwertige Kunstleistungen herausstellen, 200 und 300 M. zu nehmen und eine Gemeinde von Unzufriedenen entstehen zu lassen.“

Epstein schlägt gerade das Gegenteil der bisherigen Preisfestsetzung vor; er meint, man müsse zunächst normale Preise ansetzen und das Stück erproben, und wenn sich dann ein großer Erfolg herausstelle, könne man höhere Preise nehmen. Aber die Preissteigerung hat überhaupt eine Grenze, und diese beginnt, wo die Kaufkraft des Publikums aufhört. Die Masse wird in Unterhaltungsstätten getrieben, die weniger kostspielig sind und auch kein viel geringeres künstlerisches Niveau haben, denn unsere Theater sind heute zum Teil bereits auf einem nicht zu überbietenden Tiefstand angelangt, und daran ist auch die Wiedereinführung französischer Schunderzeugnisse mit Schuld.

Die Große Volksooper fährt ihrem großen Hörerkreis in der „Neuen Welt“ Berdis immer noch prachtvolle Frühpoper (1830) „Maskenball“ vor. Die laulose Andacht gleich die Mängel des Soalttheaters aus, trotzdem deute das Orchester unter Bracher teilweise den Gehang. Die Inszenierung bot — gepriesen sei der Zwang zur Vereinfachung — ruhige, schöne Bühnenbilder. Melanie Kurths in jeder Hinsicht vortreffliche Amelie, Kirchners Frau Richard und Scheibts René — beides hervorragende Gesangsleistungen — gaben der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Aufführung den Charakter.

Der Hungerstreik.

Wie mitgeteilt wird, befinden sich jetzt in Torgau nur noch 18 in Lichtenburg nur noch 11 Gefangene im Hungerstreik. Eine Verschlimmerung des Befindens ist nicht eingetreten. In Wittenberg, wo unabhängig von Lichtenburg am Montag ebenfalls ein Hungerstreik ausgedroht war, haben alle politischen Gefangenen bis auf sechs mit der Nahrungsaufnahme begonnen.

Die Betriebsratsdelegationen, die gestern beim Reichsjustizminister Radbruch wegen der Lichtenburger und der damit zusammenhängenden sonstigen Fragen vorstellig geworden sind, suchen jetzt mit den Berliner Betriebsräten Verbindung. Sie fordern zu einer Besprechung für heute nachmittags 2 Uhr in den Sophienböden, Sophienstraße 17/18, auf. Von jedem Betriebsrat soll ein legitimer Delegierter an dieser Beratung teilnehmen.

Wie können auch heute nur wiederholen, daß wir für die Opfer der gewissenlosen kommunistischen März-Aktion alles tun werden, was wir tun können. Wir sind darin mit den Unabhängigen ganz einig, daß dies nicht in Formulierung von Generalfreistreichparolen, Organisierung von Aufständen oder Einschlagen von Feuerscheiben liegen kann. Wir werden alles aufwenden, um eine Nachprüfung der Urteile gegen die „politischen Verbrecher“ zu erreichen; gegen wilde Resolutionen, die gar nichts ändern, müssen wir uns aber mit aller Entschiedenheit wenden. Die „Freiheit“ hätte durchaus recht, als sie gestern schrieb, Einzelaktionen irgendwelcher Art „gefährden wegen der mit ihnen unauflöslich verbundenen Schwächung der Arbeiterklasse auch den Kampf gegen Zensur, Wucher und Steuerdruck. Den Gefangenen wäre ebenfalls mit einem Generalfreistreich nicht geholfen.“

Die Wirtschaftslage Deutschlands.

Paris, 21. November. (E.E.) Ein Mitglied der Reparationskommission erklärte einem Vertreter des „Bonsoir“, daß er aus seiner Reise nach Deutschland den Eindruck gewonnen habe, daß sich Deutschland in günstiger Wirtschaftslage befinde. Allerdings hätten die Arbeiter, der kleine Bürger und der Beamte schwer zu leiden. Aber die Wirtschaftslage Deutschlands sei gut, und man müsse daher erkaunt sein, daß die Finanzen Deutschlands so wenig glänzend seien. Die deutsche Regierung habe zweifellos ihre Aufgabe nicht ganz erfüllt, sie sei den Kapitalisten gegenüber zu schwach gewesen. Dadurch, daß sie in der letzten Zeit so viele neue Banknoten herausgab, sei der Kurssturz der Mark eingetreten. Man müsse daher wegen der künftigen Zahlungen Deutschlands Befürchtungen hegen. Doch glaube man dennoch, daß Deutschland die nächsten Zahlungen leisten werde. Auf keinen Fall seien Zugeständnisse in der Frage der Reparationszahlungen gemacht worden.

Westminster Gazette für eine Stundung der deutschen Zahlungen.

London, 22. November. (E.L.) In einem Artikel über die Reparationsfrage erklärt die „Westminster Gazette“, daß die Alliierten sich über eine Stundung der deutschen Zahlungen einigen müßten.

Einigung über China.

Paris, 22. November. (W.B.) Wie der Sonderberichterstatter der Agence Havas in Washington berichtet, hat die Kommission für den Fernen Osten folgende Entschlüsse angenommen: Die Vereinigten Staaten, Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Holland und Portugal geben ihre feste Absicht kund:

1. die Souveränität, die Unabhängigkeit und die territorialen und Verwaltungsintegrität Chinas zu respektieren.
2. China die vollkommenste Möglichkeit und vollkommenste Freiheit zu geben, sich zu entwickeln und eine feste und wirksame Regierung zu bilden.
3. ihren Einfluß darauf zu verwenden, daß der Grundsatz der Gleichheit für Handel und Industrie für alle Nationen auf dem gesamten Gebiet Chinas sichergestellt wird und
4. sich zu verpflichten, aus den augenblicklichen Umständen keine Vorteile zu ziehen, um Sonderrechte oder Privilegien zu verlangen.

Kundenhumor. Es klopfte, und die Frau öffnete. Draußen stand ein zerlumpter Vagabund.

„Ein armer Reisender bittet um eine kleine Gabe.“

Die Frau gab ihm einen Fünflinger.

Tausend Dank! Ich bin nämlich unterwegs nach Italien, gnädige Frau. Ich habe einen großartigen Gedanken, wie ich mein Glück machen kann.“

„Was wollen Sie denn tun?“

„Na ja, ich will die Wäsche sammeln, die der Befehl auswirft.“

Die Frau sah ihn misstrauisch an.

„Was, um Himmelswillen, wollen Sie denn mit der Wäsche machen?“

„Ja, sehen Sie, ich will sie auf ein Schiff laden und nach dem Nordpol fahren und sie da austreuen, damit die Forschungsreisenden nicht auf dem Eis ausrutschen. — Na ja — und tausend Dank für den Fünflinger, liebe Frau!“

Die Tür flog heftig ins Schloß.

Ein Nordlicht in 600 Kilometer Höhe. Ueber die höchsten bisher gemessenen Polarlichtstrahlen, die bei der prachtvollen Nordlichterscheinung in der Nacht vom 22. bis 23. März 1920 festgestellt wurden, wird auf Grund der Messungen von Störmer in den „Naturwissenschaften“ berichtet. Es ergaben sich dabei Höhen von 550 und 597 Kilometern; ja, eine Höhe wurde sogar mit 607 Kilometern photographisch ausgemessen. Die Lage dieses höchsten Nordlichtes wurde über dem europäischen Nordmeer in der Nähe der norwegischen Küste bei Kalesund festgestellt.

Ein Kinderanfall über die „Babys“. Die interessante schriftliche Leistung eines Achtjährigen, die das Thema „Die Babys“ behandelt, wird in der „Westdeutschen Wochenchrift“ mitgeteilt. „Die Babys sind die kleinsten Menschen, die es gibt.“ so läßt sich der jugendliche Schriftsteller hören. „In unserer Straße sind sehr viel Babys. In jedes Haus eins und sehr, wenn der Sonn scheint kommen alle auf die Straße und da sieht man erst, wie viele da sind. In manchen Bahnhöfen sitzen zwei, eins mit dem Kopf hin und das andere mit dem Kopf her — diese heißt man Zwillinge und sehen so ähnlich, daß, wenn man eins sieht, meint man es ist das andere. Die Babys sind sehr lieb und gut, wenn sie schlafen. Wenn man sie aber wachst oder sie bei der Nacht aufwachen, dann schreiben sie und man muß mit ihnen hin und hergehen und sie schütteln und zu ihnen singen. Wenn man sie aber nicht schreiben läßt, dann schreiben sie noch mehr. Jeder war einmal ein Baby. Großpapa auch, er hat aber damals nicht so ausgefallen wie jetzt. Keine Haare hat er schon gehabt, aber weißen Bart nicht, so sagt meine Mama, die ihn damals schon gekannt hat. Die Babys haben keine Zähne und nichts anders im Mund wie den Daum.“

Deutsche Oper in Madrid. Das deutsche Operngastspiel in Madrid wurde mit Erfolg eröffnet.

Emil Soustron, nach Bergson der bekannteste französische Philosoph, ist im 77. Lebensjahre in Paris gestorben. Seine Hauptwerke, die eine verschwommene Metaphysik betreffen, wurde die Ehre einer deutschen Uebersetzung zuteil.

Ein neuer Impfstoff gegen die Tuberkulose wurde vom Direktor des Pasteur-Instituts in Paris, Calmette, entdeckt.

Die den Rechten der Untertanen der befreundeten Staaten Abbruch tun könnten, sich aber auch jeder Handlung zu enthalten, die die Sicherheit der genannten Länder bedrohen könnte.

New York, 22. November. (W.B.-Funktspruch.) Wie der „New Yorker Times“ aus Washington gemeldet wird, steht Brlands Erbschaft an den Bewaffnungsausschuss den Frankreich zu gestaltenden Tonnengehalt auf dieselbe Höhe wie den der Japaner. Eine solche französische Flottenstärke überraschte einigermassen, und es heißt, daß Besprechungen zwischen Hughes, Balfour und Kato deswegen begonnen hätten.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Express“ auf der Washingtoner Konferenz will wissen, daß die Frage einer englisch-amerikanischen Verständigung zum gemeinsamen Schutz Australiens, Neuseelands, Kanadas und Chinas im Austausch der Preisgabe des englisch-japanischen Bündnisses in Washington viel erörtert werde, als der einzige Weg, auf dem der Friede im Stillen Ozean gewährleistet werden könne.

Karls Dutsch war abgemacht.

Budapest, 22. Nov. (W.B.) Dr. Gray, einer der von Karl in Deuburg ernannten Minister, erklärte vor der Staatsanwaltschaft, am Donnerstag vor der Abreise Karls aus der Schweiz habe in Budapest jedermann von dem bevorstehenden Eintritte Karls gewußt. In Deuburg habe er (Gray) sich mit den Entente-Missionen vor der Ankunft Karls über nichts anderes unterhalten. Auch Ministerpräsident Graf Bethlen habe den ganzen Plan gekannt und ihn beauftragt, falls Karl ankomme, zu verhandeln und den Vermittler zu spielen.

Nach diesen ganz wahrscheinlichen Angaben hat also erst das entschlossene Vorgehen der „Kleinen Entente“ die Sinnesänderung bei der großen, oder sagen wir einfacher: in Paris herbeigeführt.

Belgrad, 21. November. (Antel.) Die jugoslawische Regierung wird an die Bolschewikerkonferenz eine Note richten, in der dargelegt wird, weshalb die Kleine Entente die Apologie für den früheren ungarischen König ablehne. Unter anderem wird angeführt, daß die Familie Habsburg in Ungarn große Güter besitze, die zur Beseitigung ihres Lebensunterhaltes vollständig genügen.

Ungarische Volksabstimmung.

Wien, 22. November. (Antel.) Von ungarischer Seite wird alles getan, um die Abstimmung in Deuburg zuungunsten Österreichs zu beeinflussen, so durch die vollkommene Absperrung der Ausfuhr nach Deutschösterreich, starke Zuschüsse von Gendarmen und Ausbreitung von Gerüchten über neue Bandenbildung. Auf die Staatsbeamten und Eisenbahner wird ein starker Druck ausgeübt, um sie zur Abstimmung für Ungarn zu bewegen.

Die Verhandlungen über die Entsendung interalliiertes Truppen in das Abstimmungsgebiet dauern noch an.

Die Ausländeraffen.

Eine Moskauer Anordnung.

Moskau, 22. November. (gk.) Die Sowjetregierung hat einen Erlass über die Regelung der staatsbürgerlichen Verhältnisse der zahlreich im Ausland befindlichen russischen Emigranten herausgegeben. Alle Emigranten sollen danach verpflichtet sein, bis zum 1. März 1922 sich eine Genehmigung zum Auslandsaufenthalt von der zuständigen Auslandsvertretung der Sowjetregierung zu besorgen, andernfalls wird ihnen Verlust ihrer russischen Staatsangehörigkeit angedroht. Durch diese Verordnung sollen vor allem die Russen betroffen werden, die sich seit fünf Jahren, also seit Ausbruch der Revolution im Ausland befinden, doch kann der Verbleibetermin für die Länder, in denen Sowjetrußland keine Vertretung hat, hinausgeschoben werden. Automatisch verlieren ihre russischen Bürgerrechte die Russen, die nach dem 7. November 1917 ohne Erlaubnis der Sowjetregierung aus Rußland ausgewandert sind. Sämtlich werden von der russischen Staatsangehörigkeit alle Teilnehmer an militärischen oder sonstigen (?) Unternehmungen gegen die Sowjetmacht ausgeschlossen.

Wiedergutmachung an Serbien.

Gratz, 22. November. (W.B.) Die „Tagespost“ meldet aus Belgrad: Der Staatsausschuß hat das Angebot der deutschen Regierung, auf Rechnung der Kriegsschädigung an Serbien Eisenbahnmateriale zu liefern, zur Kenntnis genommen. Deutschland verpflichtet sich, auf Reparationskonto 100 Schnellzüge, 200 Personenzüge, 100 Güterzüge und 50 schmalspurige Lokomotiven sowie 4000 Wägen und 2000 Personenwagen zu liefern, und zwar ein Drittel bis März 1922, das übrige in den Monaten Mai und Juni.

Diplomatischer Zwischenfall in Belgrad. Aus Anlaß der feierlichen Weiheung des unbekanntem italienischen Soldaten war in einem Belgrader Blatt ein Artikel erschienen, den der italienische Militärattaché als eine Beleidigung Italiens bezeichnete. Der Attaché verlangte in der Redaktion die Veröffentlichung einer Entschuldigung. Der Herausgeber warf den Offizier so massiv hinaus, daß dieser verletzt wurde und er sich in Krankenhausbehandlung begeben mußte.

Hungerstreik in Jugoslawien. Die unter der Beihilfe der Teilnahme an den Alliierten auf den König und den Ministerpräsidenten in Belgrad in Haft befindlichen Kommunisten sind in den Hungerstreik getreten, um eine Beilegung ihres Prozesses zu erzwingen.

Ausweisungen aus Südtirol. Diejenigen Eisenbahner, die die italienische Staatsbürgerschaft nicht annehmen, werden ausgewiesen. Der Verleger der „Industrie- und Handelszeitung“ in Bozen, Leopold Remeny, wurde ausgewiesen und an die Grenze befördert.

Erhöhung der Militärpensionen. Zur Behebung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß zur Erlangung des Vorschusses in Höhe des für November gezahlten Betrages von den Postanstalten als Ausweis eine Mitteilung des Reichsministeriums des Innern (Pensionsabteilung) oder der Kolonialzentralverwaltung (Reichsministerium für Wiederaufbau) verlangt wird, in der zum Ausdruck gebracht ist, daß für den Empfänger Pensionsbezüge von einem der bezeichneten Reichsministerien angewiesen sind, also z. B. eine Pensions- oder Vorzuschußweisung, die Bewilligung einer Kriegsbeförderung oder eines erhöhten Teuerungszuschlages u. a. Besitzt ein Pensionär oder eine Witwe einen solchen Ausweis nicht, so müssen sie einen solchen schleunigst vom Reichsministerium des Innern bzw. der kolonialen Zentralverwaltung beantragen, und zwar bei derjenigen Pensionsabteilung, die für die Festsetzung ihres Ruhegebhalts zuständig ist. Die Ausweise werden den Empfängern abgenommen und an die Versorgungsbehörden geschickt, von denen sie später den Empfängern zurückgegeben werden.

Berichtigung. Nicht Herr Landesrabbiner Dr. Müller-Braunschweig, sondern der Syndikus des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Herr Dr. Holländer, hat das Hauptthema auf der Tagung des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, das sich u. a. mit Rudendorff und Bauer beschäftigte, behandelt.

Wirtschaft

Sinnes und die englischen Kohlen.

Nicht nur zu Besprechungen über Kreditmöglichkeiten für das Reich ist Sinnes nach London gereist. Auch Privatgeschäfte lieten ihn, über deren Inhalt die verschiedensten Gerüchte umlaufen. Uebereinstimmend wird aber von englischer und französischer Seite gemeldet, daß Sinnes durch ein holländisches Konsortium: englische Kohlen ankaufe, selbst nach englischen Kohlenruben soll er die Hand ausstrecken.

Weshalb wir das verzeichnen? Weil sich hier eine weltwirtschaftliche Umorientierung anbahnt, die Frankreich zu denken geben sollte.

Vor dem Kriege war Deutschland Abnehmer englischer Kohle, die selbst am Berliner Markt vorherrschte. Nach dem Kriege war Deutschland infolge der Ruhrblockade von ausländischen Kohlenzufuhren so gut wie abgeschnitten. Frankreich forderte aber selbst von dieser, durch die Verlegung des Saargebiets und neuerdings durch die Teilung Oberschlesiens stark verringerten Kohlengrundlage große Lieferungen, besonders an hochwertiger Steinkohle. Die deutsche Zahlungsnot wurde dadurch erheblich vermindert, weil die Industrie zumal in Zeiten günstiger Weltmarktlage nicht instande war, ihre Anlagen auszubauen. Jetzt geht die deutsche Industrie nach England. Obwohl das nordfranzösisch-belgisch-deutsche Steinkohlenbecken die natürliche Grundlage der Kohlenversorgung des westlichen Mitteleuropas ist, wird so der deutsche Verbrauch durch die französische Drosselungspolitik in England gesenkt. Und es besteht nicht geringe Aussicht, daß diese Entwicklung fortschreite. Das Ergebnis wird natürlich sein, daß Frankreich, wenn ihm der Wiederaufbau und der Ausbau seiner Kohlenruben gelingen sollte, sich den westeuropäischen Markt durch die Begünstigung der englischen Konkurrenz verdirbt.

Geschieht das schon jetzt, wie viel mehr würde es der Fall sein, wenn Frankreich zur größeren Ehre seiner Chauvinisten daran denken sollte, das Ruhrgebiet wirklich zu besetzen! Wir verstehen keineswegs die schweren wirtschaftlichen und politischen Gefahren, die damit für Deutschland verknüpft sind und halten es daher für die Pflicht der Regierung, alles zu tun, um diese Drohung zu vereiteln. Für Frankreich aber wäre diese mit der Gewissheit des überlegenen Vorküsters immer wieder angefordigte Maßnahme wirtschaftlich ein Schmitt ins eigene Fleisch. Es würde die übrigbleibende verarbeitende Industrie Deutschlands damit zwingen, den schwer leidenden englischen Kohlenmarkt in Anspruch zu nehmen. Es würde also den eigenen Abfall mindern, sich auf seine eigenen Kosten „bezahlt“ machen.

Die Redungen über die Kohlenkäufe Sinnes' sind ein Anzeichen dieser wirtschaftlichen Umorientierung. Unnötig, daran zu denken, wie sehr dem Reich die Devisen fehlen, die der deutsche Kohlenmagnat für seine privatwirtschaftlichen Zwecke verfügbar macht. Frankreich will ja selbst, daß das Reich bei der Industrie bergen soll, um zahlen zu können. Es schiebt die Regierung der Erfüllungspolitik zu Geldgebern, die nicht erfüllen wollen. Das ist immerhin eine eigene Sache und kennzeichnet die innere Hilflosigkeit, mit der Frankreich seine eigenen Interessen verfehlt. Es steht aber zu befürchten, daß der Interessenkonflikt, den Frankreich hier großzüchtet, auf den Schultern des Volksganges ausgetragen wird. Das zu verhindern, bedarf es einer Sanierung der Reichsfinanzen, die ohne Erfassung der Sachwerte nicht mehr denkbar ist.

Markverflechtung. In der gestrigen Berliner Börse ging die Mark wieder ein wenig zurück. Die Preise ausländischer Zahlungsmittel zogen an. So stieg nach der omischen Notierung der Dollar von 209 auf 219,45, 100 holländische Gulden erhöhten sich von 9528 auf 8860, 1 Pfd. Sterling von 1082 auf 1115, 100 franz. Frank von 3085 auf 5272 M.

Dalafalkastrophe im Grenzverkehr. Der plötzliche Sturz unserer Mark wurde für Tausende von Arbeitern an der reichsdeutsch-schlesischen Grenze zur Katastrophe. Für diese Arbeiter, die in Deutschland arbeiten und in der Tschechoslowakei wohnen, die in Mark bezahlt werden und in Kronen einkaufen müssen, sank der Wert ihres Lohns binnen wenigen Wochen auf ein Drittel. Deutsche Abgeordnete des Prager Parlaments haben vorher an die Regierung den Antrag gerichtet, es möge diesen Arbeitern gestattet sein, ihren Lebensbedarf in Deutschland einzukaufen und ihn zollfrei nach Hause zu bringen.

Der Ausverkauf des Rheinlandes geht weiter. Eine Versammlung der Vertreter des gesamten Kleinhandels des Handelsamtesbezirks München-Bladbach beschäftigte sich mit der Frage des großen Ausverkaufs, der das Wirtschaftsleben bedroht. Eine Entschliessung betont u. a., daß die seitens der Behörden ergriffenen Maßnahmen, sowie die von den verschiedenen Städten angewandte Selbsthilfe, wie Verweigerung des Verkaufs an Ausländer, Abgabe in nur beschränkter Menge, verkürzte Verkaufszeit, dem Unwesen nicht genügend gesteuert habe. Traurig ist die Wahrnehmung, daß unsere eigenen Landleute (Schwaben, oft Keimen Schwabens wegen sich dazu hergeben, Waren in den Geschäften für Ausländer aufzuliegen oder an der Grenze ins Ausland zu verschleppen. — Nachdem die Großstädte ziemlich ausverkauft sind, zieht sich der Strom der Walutaführer nach den kleinen Städten.

Mal-Donau-Stromverband. Wie im Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtags mitgeteilt wurde, wird am nächsten Montag die Gründung der Aktien-Gesellschaft Mal-Donau-Stromverband erfolgen. Das Reich soll daran mit 5 Proz. und Bayern mit 35 Proz. des Aktienkapitals beteiligt sein. Ausgegeben werden voraussichtlich 600 Millionen Mark in Stamm- und 600 Millionen in Vorzugsaktien sowie 300 Millionen Mark in Obligationen.

BEW. Die Berliner Elektrizitätswerke, seit dem Uebergang ihrer Werke an die Stadtgemeinde Berlin im Jahre 1915 hauptsächlich noch Verwaltungsgesellschaft anderer elektrischer Unternehmungen und selbst unter der Kontrolle der AGW. stehend, weisen für das Geschäftsjahr 1920/21 einen Reingewinn von 13,8 Millionen Mark gegen 5,7 Millionen Mark im Vorjahre aus, und bringen eine Dividende von 18 Proz. gegen 10 Proz. auf die Stammaktien in Vorschlag. Die Gesellschaft hat gemeinschaftlich mit der AGW. die Mehrheit der Aktien der Wlg. u. Genes-Gesellschaft erworben, deren Tätigkeit auf dem Gebiete der Schwachstromtechnik die der AGW. in erwünschter Weise ergänzt. Die Verwaltung beantragt die Erhöhung des Grundkapitals um 39,4 Millionen Mark. Es wird ferner beantragt, in Anpassung an die jetzigen Zwecke die Firma in „Bank elektrischer Werke“ zu ändern.

Neue Marke Follerhöhung. Die Zölle auf Einfuhrwaren werden durch die Erhöhung des Goldzolles auf 100 Proz. erhöht werden, was auf 3900 Proz. gesteigert. Es werden also mit dem 28. November die 40fachen Vorkriegszölle Geltung haben. Diese Maßnahme bringt eine erhebliche Steigerung der auf dem Verbrauch liegenden steuerlichen Lasten mit sich. Da bei der Einführung der letzten Follerhöhung eine heftigste Einfuhrbeschränkung eintrat, die den Zweck der Maßnahmen zu einem erheblichen Teil unvorhergesehen machte und dem Preiswucher Vorschub leistete, hat man diesmal die Frist bis zur Inkraftsetzung des neuen Zollaufgebots erheblich kürzer bemessen.

Die russische Reichsbank hat am 16. November ihre Finanzoperationen aufgenommen. Von der Sowjetregierung sind ihr Kreditbriefe über je 1, 5, 10, 15, 20, 25 und 30 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt worden im Gesamtbetrag des vorerwähnten Anfangskapitals von 2 Trillionen Rubel. Durch die Reichsbank hat nunmehr in sehr beschränktem Umfang der seit langem angeforderte Verkauf von silbernen Zarenrubeln gegen je 10000 Sowjetrubel begonnen.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Schiedspruch für die städtischen Werke.

Ein neuer Konflikt?

In der gestrigen Funktionärversammlung der Angestellten der städtischen Werke wurde zu dem am Montag gefällten Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums über den Tarifvertrag Stellung genommen. Hierbei wurde folgendes festgestellt:

Die vom Nachrichtenamt des Berliner Magistrats in der gestrigen Morgenpresse verbreitete Mitteilung enthält einige Unrichtigkeiten. Von einer Gleichstellung der Angestellten mit den Beamten in der Besoldung kann insofern keine Rede sein, als den Beamten die neue Gruppierung rückwirkend angerechnet wird, so daß Nachzahlungen in erheblichem Umfang auf die Zeit vom 1. April 1920 bis 30. September 1921 gewährt werden, während der Schiedspruch für die Angestellten erst vom 1. April d. J. ab gilt. Im übrigen hat eine gleiche Bezahlung der Werksangestellten mit den gleichen Beamtengruppen schon von jeher bestanden.

Bestenfalls verhandelte eine Sonderkommission der beteiligten Gewerkschaften mit dem Oberbürgermeister und unterbreitete ihm als letztes folgende Forderungen, die in Vorverhandlungen und direkten Verhandlungen mit dem Magistrat bereits zugestanden waren:

1. Beibehaltung des 21. Lebensjahres als Beginn des Beförderungsdienstalters. 2. Verkürzung der Aufstiegszeit für die Beförderungsguppen entsprechend dem Schiedspruch vom 29. Oktober auf 13 bzw. 14 Jahre. 3. Einjährige Steigerungstufen, wie bereits in den alten Tarifen bestehend.

Die Funktionäre erwarten, daß diese Mindestforderung in der heutigen Magistratsitzung zur Annahme gelangt. Im Interesse des Wirtschaftsfriedens ist zu hoffen, daß der Magistrat die bereits durch früheren Schiedspruch gemachten und von ihm angenommenen Zugeständnisse aufrechterhält.

Eine Vollversammlung der beteiligten Angestellten, die heute abend 7 Uhr in Aders Festhallen, Hofenheide 21, zusammentritt, wird zur Lage Stellung nehmen und weitere Beschlüsse fassen.

Die genannten Forderungen sind dem Magistrat mit folgendem Anschreiben überreicht worden: Auf Grund der heutigen Rücksprache mit Herrn Oberbürgermeister Böß überreichen wir beifolgend unsere Vorschläge für die Beilegung des Streites in den städtischen Werken. Die Organisationen sehen keine Möglichkeit, den Schiedspruch vom 21. November 1921 den Angestellten zu empfehlen, wenn nicht die in der Anlage beigefügte Korrektur erfolgt.

Wir bitten, über die strittigen Punkte eine sofortige Magistratsentscheidung herbeizuführen; die Vertragsparteien verpflichten sich, um Komplikationen zu vermeiden, bis zu dieser Entscheidung die Frage über die Abstimmung des Schiedspruches zurückzustellen. Afa-Bund: Zentralverband der Angestellten. Bund der technischen Angestellten und Beamten. Deutscher Wertmeisterverband.

Berliner Gewerkschaftskommission:

Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Generalversammlung der Gemeindegewerkschaften.

Nachträgliche Mißbilligung des Gasarbeiterstreiks.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter nahm in einer außerordentlichen Generalversammlung am Montag in den „Kustertal“ Stellung zur Erhöhung der Beiträge, die vom Hauptvorstand vorgeschlagen und von der erweiterten Verwaltung gebilligt worden ist. Hiernach soll der Beitrag ab 1. Januar in den vier Lohngruppen für Haupt- und Lokalfasse zusammen auf 1,50 bis 5 Mark festgesetzt werden. Der pensioniertenbeitrag soll bleiben wie er ist. Die Streit- und Wachregulierungsunterstützung beträgt jetzt in den vier Gruppen 30 bis 108 Mark und für jedes Kind 3 Mark. Nach dem Vorschlag sollen die Sätze ab 1. April auf 45 bis 150 Mark und für jedes Kind auf 6 Mark erhöht werden. Für die Arbeitslosenunterstützung sind die Sätze jetzt 6 bis 30 Mark. Vorgeschlagen ist die Erhöhung von 12 bis 36 Mark ab 1. April. An Krankenunterstützung werden jetzt 6 bis 12 Mark gewährt, vom April ab sollen die Beträge 6 bis 18 Mark betragen.

Nach einer längeren Aussprache wurden die Erhöhungen gegen eine schwache Minderheit angenommen.

Ohne Diskussion wurde nach dem Antrag der erweiterten Verwaltung beschlossen, den arbeitslosen Mitgliedern, sofern diese am 15. Dezember arbeitslos sind, bei einer Mitgliedschaft über 26 Wochen 100 Mark und über 13 Wochen 60 Mark Weichnachtsunterstützung zu gewähren, ferner den pensionierten Mitgliedern, die über ein halbes Jahr pensioniert sind, 60 Mark.

Beschlossen wurde ferner: den Filialangestellten 700 und für jedes Kind 250 Mark als Wirtschaftshilfe zu bewilligen.

Ueber den 3. Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zu dem Beschluß der (am 14. d. M. stattgehabten) Funktionärversammlung“, referierte Bogodjinski. Bekanntlich wurde in dieser Funktionärversammlung der Teil einer Entschlebung, welcher das Eingreifen des Zentralbetriebsrats in die schwebenden Tarifverhandlungen mißbilligt, abgelehnt. Der Referent erklärte in seinen Ausführungen, daß die verlangte Mißbilligung zur Klärung der Sachlage dringend erforderlich sei. Dem Zentralbetriebsrat könne nicht das Recht eingeräumt werden, einseitig in Lohnfragen vorzugehen. Das sei mit den freigewerkschaftlichen Grundfragen unvereinbar und würde ein Aufgeben aller dieser Grundfragen bedeuten. Deshalb bitte er um Annahme folgender Entschlebung:

Die am Montag, den 21. November, in den „Kustertal“ tagende außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Staats- und Gemeindegewerkschaften erkennt die Notwendigkeit eines Beschlusses, der die Funktionen der Gewerkschaften gegen die der Betriebsräte-Spitzenvertretung abgrenzt, an, und gibt der von der Funktionärversammlung abgelehnten Entschlebung in folgender Fassung ihre Zustimmung:

Die heute, am 21. November 1921, tagende außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter mißbilligt das Eingreifen des Zentralbetriebsrats in die schwebenden Tarifverhandlungen des Lohnartikels.

Die Aussprache hatte zum Ergebnis, daß diese Entschlebung mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Es wurde dann bekanntgegeben, daß am Donnerstag in einer

Funktionärversammlung über das Resultat der Verhandlungen Bericht erstattet werden soll, die zur Erreichung der vom Magistrat abgelehnten Forderungen des Verbandes geführt worden sind.

Kurz vor Schluß der Versammlung wurde noch eine Resolution vorgelegt, die vom ADB, evtl. den Generalstreik für die im Hungerstreik befindlichen politischen Gefangenen verlangt. Diese Entschlebung wurde angenommen.

Gewerkschaftliche Fortbildung.

Der erste gewerkschaftliche Fortbildungskursus des Deutschen Beamtenbundes in der Hochschule für Politik in Berlin vom 31. Oktober bis 12. November 1921 war ein voller Erfolg. Gegen 175 Beamte fast aller Beamtensphären Deutschlands waren dem Rufe der Bildungszentrale des Bundes gefolgt. In richtiger Erkenntnis der Aufgaben, die die Gewerkschaften zu leisten haben und vor allem in der Zukunft noch leisten werden müssen, sind die Beamten von ihren Behörden für die Dauer der Vorträge beurlaubt worden.

Gewerkschaftslehre, Beamtentrecht, Verkehrsweisen, Verkehrspolitik, Volks- und Weltwirtschaft, Staatsrecht, Geschichte der Arbeiterbewegung, Reichs- und Staatsverfassung, politische Parteien und politische Entwicklung Deutschlands, die Lehre der Bodenreform, das waren die Unterrichtsthemen. Diese tief in das Wirtschaftsleben der Beamten einschneidenden aktuellen Fragen gaben den Führern des Beamtensbundes manche Anregung.

Wenn auch nur ein verhältnismäßig kleiner Hörerkreis der Gesamtbeamtenschaft anwesend war, so waren es doch wohl zum ersten Kursus fast ausschließlich die Führer der Gewerkschaften. Diese werden nun durch ihre Verbände dafür zu sorgen haben, daß diesem ersten Kursus bald weitere Kurse folgen, aber nicht nur in der Zentrale Berlin, sondern in allen großen Beamtenszentren des Reiches. Zu begrüßen wäre es im Interesse der gesamten Beamtenschaft, wenn diese Kurse eine Dauereinrichtung würden mit Ausnahme der Sommermonate. Ob allerdings die finanzielle Lage des Deutschen Beamtensbundes dies gestattet, entzieht sich unserer Beurteilung, im Interesse der Sache wäre es zu wünschen — und wo ein Wille ist, — da ist auch ein Weg. Jeder überzeugte Gewerkschaftler wird mit seiner ganzen Person für die Aufbringung der erforderlichen Mittel eintreten, denn nur dann kann wirklich positive Arbeit von der Beamtenschaft geleistet werden, wenn sie den Zeitfragen Rechnung trägt und durchdrungen ist von dem Gefühl, nicht nur Staatsgesinnung zu erzeugen, sondern auch zu verbreiten durch vorbildliche Mitarbeit an der Förderung des Wohles der Gesamtheit. Haben die Gewerkschaften diese großen Aufgaben in die Hand genommen, dann sind wir unseren Zielen um ein großes Stück näher gekommen zum Vorteil unserer Arbeiter, Angestellten und Beamten, und darüber hinaus zum Segen unseres ganzen deutschen Volkes.

Wie siehts mit dem Jugendschutz?

Die im Juli d. J. vom Reichsausschuh der Arbeiterjugendorganisation dem Reichstag eingereichten Jugendschutzforderungen sind von diesem der Regierung als Material überwiesen worden. Die entsprechende Mitteilung des Reichstagesbüros gab dem Rechtsausschuh in seiner letzten Sitzung vom 7. November Veranlassung zu dem Beschluß, zu den beiden sozialistischen Fraktionen des Reichstags eine Vertretung zu entsenden, um in unmittelbarer Aussprache zu erfahren, inwieweit die Vorbereitungen für eine gesetzliche Neuregelung des Jugendschutzes und des Beurlaubenswesens gedeihen sind. Besondere Wichtigkeit wird in dieser Aussprache auf das kommende Arbeitszeitgesetz gelegt werden, in dessen Entwurf bekanntlich eine 54 stündige Arbeitswoche für Jugendliche und für große Gruppen auch in Zukunft die Nachtarbeit vorgesehen ist. Nach dieser Rücksprache mit den Fraktionen wird sich der Reichsausschuh der Arbeiterjugendorganisation mit weiteren Schritten zu befaßen haben.

Neue Lohnsätze für Kellerarbeiter.

Die in den Bringgroßhandlungen und Fabrikbetrieben beschäftigten Kellerarbeiter, Arbeiterinnen, Kutscher und Kraftwagenführer nahmen in einer stark besuchten Versammlung am Montag Stellung zu dem Lohnvertrag mit dem Arbeitgeberverband der Getränkeindustrien.

Als Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes berichtete Liebenow über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Gefordert war ein Zuschlag von 120 Mark für die männlichen und ein prozentualer Zuschlag für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter. Die Unternehmer suchten zunächst von den Forderungen Abstriche zu machen. Die Kommission beharrte jedoch auf den Forderungen und erzielte damit, daß die Zuschläge von 120 M. für Männliche, 100 M. für Weibliche und 80 M. für Jugendliche pro Woche bewilligt wurden.

Die Vereinbarung gilt ab 1. November 1921 mit der Maßgabe, daß sie jeweils spätestens am 15. eines Monats mit Wirkung auf das Ende des folgenden Monats seitens einer der Parteien schriftlich kündbar ist.

In der Diskussion äußerten sich verschiedene Redner dahin, sofort neue Forderungen zu stellen. Da die neue Vereinbarung nur bis zum Jahresluß gilt, wurde davon zunächst Abstand genommen, und die neue Lohnvereinbarung mit großer Mehrheit angenommen.

Dann wurde darauf hingewiesen, daß zur Unterstützung der Arbeitslosen wieder Beihandlungsstellen im Werte von 5 M. für Männliche und 3 M. für Weibliche und Jugendliche zu entnehmen sind. Ferner wurde verlangt, daß die Weiberarbeit in den Betrieben unter allen Umständen einzuschränken ist und daß dafür Arbeitslose einzustellen sind. Zum Schluß wurde beantragt, die sofortige Zahlung der neuen Lohnsätze zu veranlassen. — Die neuen Lohnsätze sind im Druck erschienen und gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches im Verbandsbureau, Engelauer 24/25, 11, Zimmer 38, entgegenzunehmen.

Zur Lage in der Düsseldorfer Metallindustrie.

Die neuen Verhandlungen am Montag haben bis heute noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Arbeitgeber sichern für den Monat Dezember Lohnsteigerungen zu, lehnen aber für den Monat November eine weitere Erhöhung ab. Um eine Lohnsteigerung für den November zunächst dreht sich aber der Kampf. Eine Versammlung der Vertrauensleute der freien Gewerkschaften sprach sich für die Ablehnung des Angebotes der Arbeitgeber und gegen eine Abstimmung der Mitglieder darüber aus.

Verhandlungen des Reichsarbeitsministeriums finden voraussichtlich am kommenden Freitag statt. Zu diesem Zwecke wird sich der Reichsarbeitsminister oder ein von ihm beauftragter Vertreter nach Düsseldorf begeben, so daß also die Verhandlungen dortselbst geführt werden können.

Vierzehnstundentag für Bäcker in Rußland?

Aus Moskau wird gemeldet, daß der dritte Kongreß der kommunistischen Internationale beschlossen hat, in den Bäckereien den vierzehnstündigen Arbeitstag zur Anwendung zu bringen. Auch wurde von dem Kongreß die Kinderarbeit in Bäckereien als zulässig erklärt.

Wir stellen die Möglichkeit dieser unglücklich erscheinenden Nachricht in Frage, erwarten jedoch eine unambigue Auskunft darüber, wie lange die Arbeitszeit in den Bäckereien bisher war und wie lange sie fortab sein soll; ob Kinderarbeit zulässig ist oder nicht. Unter der Diktatur über das Proletariat ist alles möglich.

Verbindlich erklärte Tarifverträge. Das Reichsarbeitsministerium hat die folgenden Tarifverträge mit Wirkung vom 1. August 1921 für verbindlich erklärt: 1. Das Nachtragsabkommen vom 1. August 1921 zum Tarifvertrag für die Tapissierbranche. 2. Den Tarifvertrag für die Damenwäsche, Schürzen, Unterrock- und Kinderkleiderbranche (VI S. 545/29). Tarifabdrucke sind im Ortsbureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10 und Kommandantenstr. 63/64 zu haben.

Streitgefahr im scheidischen Bergbau. „Pravo Bida“ teilt mit, daß die Konferenz zwischen den Bergarbeiterverbänden und den Grubenbesitzern am Montag wieder ergebnislos verlief und vertagt wurde. Das Blatt erklärt, die Grubenbesitzer schleppten die Verhandlungen absichtlich hin, um eine einheitliche Aktion der Arbeiterschaft zu verhindern.

Abbruch des Generalstreiks in Ligurien. Der Generalstreik ist nach einer Besprechung der Gewerkschaften mit dem Industrieverband der Provinz abgebrochen worden. Die Zeitstreiks der Eisenbahner Süd- und Mittelitaliens flauen ab.

Deutscher Schuhmacherverband. Die wesentlichen Punkte heute abend 6 1/2 Uhr in Aders Festhallen, Hofenheide 21, Moritz-Luther-Str. 1.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Klaviatur- und Pianomechanikerarbeiter. Versammlung Mittwoch 5 Uhr in den „Kustertal“, Hofenheide 21, Bereich über die bisherigen Verhandlungen. Die Mitglieder der Branchenkommission treffen sich pünktlich um 4 1/2 Uhr im selben Lokal. — Goldschmied. Donnerstag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, Saal 4, Brandenburgerstr. 15, allgemeine Versammlung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Sitzung 1. — Besondere 4 — Befehlungs-Industrie. Handhablungsarbeiter und -arbeiterinnen der Gruppe „II“ aus den Engros- und Detailbetrieben der Putzbranche (Damenhüte, Blumen und Federn). Donnerstag abend 6 Uhr bei Witte, Köhler, 29, Gruppenversammlung. — Gruppe Jungarbeiter. Freitag abend 6 Uhr im Lokal von Genara, Reichstr. 15, allgemeine Versammlung. Bericht von den letzten Lohnverhandlungen.

Arbeiterport.

Kunst- und Sportverein „Fichte“. Mittwoch, den 23. November, Fortsetzung der Generalversammlung in der Aula Beamtenscheiter, 16-17, pünktlich 7 1/2 Uhr.

Bericht für den redakt. Teil: Dr. Werner Belzer, Charlottenburg; Hr. Geisler: Th. Gluck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2, Ortsg. 2, Verlag.



Das Schicksal Europas hängt ab

von einer positiven Kritik derjenigen Zeitfaktoren, die Europa dem Ruin entgegenführen;
von einer klaren Erkenntnis der Welttatsachen und Welttendenzen, von deren Lauf Europas Neugestaltung abhängen wird;
von einer sicheren Führung auf dem Wege der weltgeschichtlich geforderten geistigen Erneuerung Europas und der Verständigung der Völker.

Diese Zielsetzung macht „Die Drei“ zu einer europäischen Zeitschrift.

Die Drei

Monatschrift für Anthroposophie und Dreigliederung
Heft 7 | Vom Anthroposophischen Kongreß:
Dr. Rudolf Steiner: Der Orient im Lichte des Okzidents
C. a. Heydebrand: Gegen Experimentalpsychologie und Pädagogik
E. Leinhas: Der Bankrott der Nationalökonomie
Einzeltelt M. 7.50, Vierteljahrsabonnement M. 18.-

DR. RUDOLF STEINER:

Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft

41.-80. Tausend geb. M. 15.-, br. M. 10.-
In Ausführung der Dreigliederung des sozialen Organismus
1.-10. Tausend geb. M. 15.-, br. M. 10.-



Sie hält ihr Versprechen:
die gute
MASSARY-CLASSE, eine wirklich
genußreiche 50.8 Zigarette.
Urteilen Sie selbst!

Die wacklige „Mehrheit“ im Rathaus.

Vervollständigung der Vorstandswahlen. — Notstandsdebatten mit Tumulten.

Nachdem in der vorigen Stadtverordnetenversammlung der Bürgerblock bei den Vorstandswahlen gezeigt hatte, daß er nicht mal bis zum zweiten Wahlgang ein beschlußfähiges Haus beisammenhalten konnte, wurden gestern die noch ausstehenden Vorstandswahlen vollzogen. Da die gesamte Linke sich der Abstimmung enthielt, so hatte die Rechte zu erwarten, daß sie sich in derselben Weise blamieren würde. Mit erheitender Boreiligkeit verkündete der Vorsteher Caspari im Ton des Triumphes, daß bei der Wahl des ersten Vorsteherstellvertreters 114 Stimmen abgegeben worden seien, aber die Fählung der Fettel ergab dann nur 110 Stimmen. Zur Beschlußfähigkeit sind sonst 113 Stimmen nötig, doch glaube die „Mehrheit“, sich für diese Wiederholung der in der vorigen Sitzung verunglückten Wahl auf den Ausnahmeparagraphen der Städteordnung berufen zu dürfen. Bei der Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder verzichtete die Linke darauf, Fettelwahl zu fordern, weil die einmalige Feststellung der Ampten der „Mehrheit“ genügte. Die Linke ließ im Vorstand die Bürgerlichen unter sich.

Nach der Konstituierung der Versammlung konnte man an die Erledigung der dringlichen Magistratsvorlagen über die neuen Gehalts- und Lohnforderungen herangehen, die durch die Teuerungswelle nötig geworden sind. Einen Weg, die Erhöhung der vom Magistrat bisher gewährten und größtenteils schon ausgezahlten Lohnbeihilfen noch zu erhöhen und auch dieses Mehr sofort auszuwahlen, zeigte ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den der Genosse Franz Krüger begründete. Leider wurde mit den Vorlagen und den dazu gestellten anderen Anträgen auch dieser Antrag Krüger zunächst einem Ausschuß überwiesen. — Bei der Vorlage über Bereitstellung von 9 Millionen Mark zur Winterunterstützung für Minderbemittelte und Erwerbslose hielt der deutsche nationale Tischlerinnungsoberrmeister Baeth eine provozierende Rede mit Ausfällen gegen Arbeiter und Erwerbslose. Es kam zu Tumulten auf der Tribüne, die dann der Vorsteher Caspari nach Unterbrechung der Sitzung räumen ließ.

Sitzungsbericht.

Außerordentliche Sitzung. — Dienstag, 22. November 1921.

Die zu heute 5 Uhr pünktlich einberufene Sitzung wird um 1/2 Uhr durch Dr. Caspari eröffnet.

Von zwei vorliegenden Dringlichkeitsanträgen stößt der von U. Soz. und Komm. eingebrachte, der die Versammlung zur Unterstützung der Forderung auf sofortige Entlassung der in den Hungerstreik eingetretenen Lichtenburger Gefangenen veranlassen will, auf den Widerstand der Rechten; der zweite, der eine Verkehrssteuer auf Augustofale legen will, wird heute eventuell noch verhandelt werden.

Auf der Tagesordnung für heute stehen außer der Magistratsvorlage, die für die Minderbemittelten als Winterbeihilfe 9 Millionen Mark auswirft, sämtliche Gegenstände, die am 17. November wegen Beschlußunfähigkeit der Versammlung unerledigt blieben. Für diese Gegenstände ist nach dem Wortlaut der Tagesordnung die Vorschrift der Beschlußfähigkeit auf Grund des § 57 der Geschäfts- und des § 42 der Städteordnung außer Kraft gesetzt. Schumacher (Komm.) beantragt, die Magistratsvorlagen betreffend die

Erhöhung der Gehälter und Löhne

der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter vor der Wahl der Vorsteher-Stellvertreter, die an erster Stelle steht, zu beraten. v. Egnern (D. Sp.) widerspricht, da das Bureau der Versammlung noch nicht vollständig sei.

Der Vorsteher erklärt für selbstverständlich, daß die Konstituierung dorangingen muß.

Dr. Wehl (U. Soz.) legt gegen die Tagesordnung Rechtsverwahrung ein.

Der Vorsteher sucht die betreffenden Bestimmungen im Sinne seiner Auffassung auszulegen, v. Egnern bezuglich. Dörr (Komm.) schließt sich dem Protest Wehls an.

Dittmann (U. Soz.): Der Wortlaut des § 42, der über „denselben Gegenstand“, also in der Einzahl spricht, entscheidet für uns. — Sie haben in der vorigen Sitzung sich stark gemacht, allein die Geschäfte des Hauses zu führen, es ist also auch Ihre Sache, die Arbeitsfähigkeit der Versammlung zu garantieren, nachdem Sie diese Gewaltpolitik proklamiert haben. (Lärm in der Mehrheit.) Nicht eine Stunde lang haben Sie in der vorigen Sitzung Ihre berühmte Mehrheit zusammenhalten können.

Dr. Leidig (D. Sp.): Eine Konstituierung liegt schon vor, wenn der Alterspräsident den Vorsitz übernimmt. Es sei den Bürgerlichen nie eingefallen, die Sozialdemokraten vom Vorstande auszuschließen; auch sei es wohl üblich, aber nicht Vorschrift oder auch nur Tradition, daß die stärkste Fraktion den Vorsteher stellt. Es wird in die

Wahl des ersten Vorsteher-Stellvertreters

eingetreten, nachdem zuvor für den nicht eingetretenen Stadthaberland (Komm.) Grylewicz (Komm.) vom Vorsteher verpflichtet ist.

Von den 110 abgegebenen Stimmzetteln lauten 109 auf Fabian (Dnat.), einer ist weiß. Fabian ist gewählt und nimmt an.

Dr. Wehl (U. Soz.): Die bürgerliche Mehrheit hat also ihre Mehrheit nicht zusammengebracht; 3 oder 4 haben gefehlt. Wir konstatieren, nach unserer Auffassung ist die Wahl ungültig. Der sogenannte

Bürgerblock ist ein Kinderchred

geworden. Wir Büdnen sind aber bessere Menschen; im Interesse der wichtigen materiellen Vorlagen haben wir nichts dagegen, wenn Sie den übrigen Vorstand durch Zursuf wählen wollen. — Dörr bleibt prinzipiell auf seiner Auffassung stehen, schließt sich aber im übrigen auch dem Borredner an. — Die beiden Proteste gehen zu Protokoll und den Protestherbern bleiben ihre Rechte vorbehalten.

Zum zweiten und dritten Stellvertreter wählt die Versammlung durch Zursuf Dr. Oskar Meyer (Dem.) und Schwarz (D. Sp.), zu Stellvertretern Janyow, Köder, Galle und Dankwardt.

Darüber wird über die Einsetzung und Zusammenlegung des Wahlprüfungsausschusses und der ständigen Ausschüsse Beschluß gefaßt. Ueber den Termin für die Wahl der unbesoldeten Stadträte wird man sich später einigen.

Die regelmäßigen Sitzungen sollen auch in Zukunft am Donnerstag von 5 Uhr ab stattfinden.

In der Besprechung der Vorlagen betr. Erhöhung der Gehälter für die Beamten und Festangestellten sowie betr. Aufbesserung der Löhne und Vergütungen der städtischen Arbeiter und nichtständigen Angestellten erkennt Lüdicke (Dnat.) die Notwendigkeit einer Lohnhöhung auch für die Arbeiter an und entrüstet sich lebhaft über den Versuch, eine enorme Erhöhung der Magistratsgehälter durchzubrüden. Dr. Wehl beantragt Ausschußberatung für beide Vorlagen. Dittmer (U. Soz.) ist mit Lüdicke einverstanden.

Schumacher bringt den Antrag ein, den Arbeitern eine Wirtschaftsbekühse von 1000 M. und von 250 M. für jedes Kind zu gewähren und diesen Antrag ohne Ausschußberatung sofort zum Beschluß zu erheben; die bereits ausgezahlten Beträge sollen darauf angerechnet werden.

Brolat (Soz.) findet es erfreulich, daß die Rechte jetzt die Notwendigkeit der Lohnhöhung einsehen. Die Arbeiterschaft habe ihre

Forderungen durch ihre Kollage gezwungen

erhoben; leider seien ihre berechtigten Ansprüche immer erst bewilligt worden, wenn sie infolge der ständigen Weiterverwertung der Lebensmittel kaum noch Wert hatten. In Zukunft werde hoffentlich die Rechte an ihrer Boreingenommenheit gegenüber Arbeiterforderungen nicht mehr so strikte festhalten. (Unruhe rechts.) Die Stadtverwaltung sei nicht dafür verantwortlich zu machen, wenn ihre Absichten durch den Gang der Reichspolitik illusorisch gemacht werden, wenn die Lebensmittelpreise unter Ihrem (rechts) Einfluß in ein paar Wochen so standalös steigen. Die Regierung

müsse der Katastrophenpolitik der Industrie energig ein Riegel vorschieben. Einer Kritik der Eingruppierungsvorschläge der Magistratsmitglieder wolle er sich enthalten. (Wahl rechts.) Der Ausschuß müsse schnelle Arbeit leisten, damit die Arbeiter und Angestellten schnell zu den Zuschüssen kommen.

Während über die Ausschußberatung der beiden Vorlagen im übrigen Einverständnis herrscht, gehen über die Zulässigkeit des Antrages Schumacher, die Wirtschaftsbekühse sofort zu bewilligen, die Meinungen weit auseinander. Der sofortigen Annahme widerspricht Stadtrat Koblenzer und Kammerer Karding.

Von Krüger (Soz.) geht ein Antrag ein, den Magistrat zu ersuchen, die gezahlten Lohnhöhungen auf 1000 M. herabzusetzen, die Differenz sofort zu zahlen und der Veranlassung eine Nachtragsvorlage zugehen zu lassen. — Ein Schlußantrag wird mit 102 gegen 101 Stimmen angenommen, durch eine Bemerkung des Stadtsyndikus Lange aber sofort die Verhandlung wieder eröffnet. Der Stadtsyndikus greift auf eine in der Aussprache gefallene kritische Bemerkung Wehls zurück, die gegen die Absicht des Magistrats, auch den früheren, nicht wiedergewählten Magistratsmitgliedern und Gemeindevorständen einen

Vorschuf von 9000 Mark

zu gewähren, gerichtet war; in der Besprechung der Fraktionsvorstände habe Dr. Wehl keinen Widerspruch erhoben.

Krüger (Soz.) empfiehlt kurz seinen Antrag, der einen Mittelweg weise, zur Annahme. — Dr. Wehl: 9000 M. Vorschuf für Leute, die vielfach noch über Einkommen von 80 000 oder 100 000 Mark verfügen, ist geradezu ein Standa!

In der Abstimmung wird der Antrag Schumacher und durch Auszählung mit 100 gegen 96 Stimmen auch der Antrag Krüger dem 15gliedrigen Ausschuß überwiesen, an den auch die Vorlagen gehen. (Lärm bei den Komm.)

Die neue Vergnügungssteuerordnung geht an einen Ausschuß.

Zur Vorlage wegen Bewilligung von

9 Millionen Mark als Winterbeihilfe

für die minderbemittelte Bevölkerung führt

Bäth (Dnat.) aus, daß man den Erwerbslosen, die keine Arbeit erhalten können, zu Hilfe kommen müsse und der Vorlage zustimme, daß man aber dadurch mit dem Zustande auf dem Arbeitsnachweis sich keineswegs identifiziere. Sehr bedauerlich sei, daß die städtische Erwerbslosenfürsorge noch immer nicht zu einer produktiven gestaltet worden sei. (Zurufe auf der Zuhörertribüne: Wir haben Hunger!) Davon werden die Arbeiter nicht satt!

Infolge der fortgesetzten Zurufe der Tribüne kündigt der Stadtverordnetenvorsteher die

Räumung der Tribüne

an. Diese Ankündigung wird von einem Teil der Besucher mit wüstem Lärm beantwortet. Mit geballten Fäusten läreien die Menschen in den Saal hinunter: Ihr Halunken, Ihr Schurken! Wartet nur noch vier Wochen! Ihr werdet's noch bald genug mit der Angst zu tun bekommen! Ihr kommen wieder! Schließlich gelingt es dem Stadtrat Wege und den Dienern, die Räumung durchzuführen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung führt Bäth seine Rede noch eine halbe Stunde, bis gegen 1/10 Uhr fort. Stadtrat Weise verteidigt sehr nachdrücklich die Organisation und das Funktionieren der Erwerbslosenfürsorge. Nicht die Arbeitnehmer, sondern mindestens 40 Proz. der Arbeitgeber hätten den Tarif durchbrochen. Die Verabschiedung der Vorlage noch in der heutigen Sitzung sei im Interesse der Rolleisenden dringend geboten.

Reuter (Komm.) greift die Person des Vorstehers an. Er habe ohne zwingende Veranlassung die Tribüne räumen lassen. Der Vorsteher will eine Erörterung darüber nicht gestatten. Eine Verwarnung hätte genügt. Ein Antrag gegen die Geschäftsführung werde vorbehalten. Ein Redner der U.-Soz. tritt diesem Protest bei.

Dove (Dem.) protestiert gegen diesen Mißbrauch der Geschäftsordnung durch die beiden Borredner.

Schumacher (Komm.): Die Sätze, die aus dem Fonds von 9 Millionen Mark gewährt werden sollen, sind lächerlich niedrig. Wir beantragen Sätze von je 1000 M., außerdem 100 M. für die Ehefrau, 50 M. für jedes Kind. Die

Angriffe des Herrn Bäth gegen den Holzarbeiterverband

sind aus der Luft gegriffen; möge er seine heutige Rede in einer Arbeitlosenversammlung wiederholen!

Zubeil (U. Soz.): Die Rechte ist an den Fenden heutigen Zuständen auch in Berlin mitschuldig, weil sie durch ihr „Weg mit der Zwangswirtschaft!“ dem ungeheuerlichsten

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Annemarie sah sie erschreckt an. „Sie?“ „Ja, ich.“ Thea gab den Blick fest zurück. „Denken Sie, zu solchen Mitteln griff ich. Ich habe ihn gebeten, zu kommen, und ihm sogar den Zug angegeben.“

„Und daraufhin ist er gekommen?“ fragte Annemarie erblassend.

„Ich hatte ‚Fräulein‘ unterschrieben.“

„Aber Thea!“

„Nicht wahr, jetzt geben Sie mir nicht mehr die Hand?“

„Warum taten Sie das?“ fragte Annemarie traurig.

„Ich mußte es tun. Ich hatte es mir in den Kopf gesetzt, daß ich ihn noch einmal sprechen müßte. Ich habe ihn ja auch gesprochen — — Ach Gott, sehen Sie mich doch nicht immer so entsetzt an!“

Annemarie erhob sich. „Und warum sagen Sie mir das alles?“

„Damit Sie es ihm wiedersagen. Er soll von Ihnen nicht schlecht denken.“

„Nur darum?“

„Ja.“ Nun stand auch Thea auf. „Ich möchte, daß Sie gut von mir denken, jetzt, wo Sie ja fortgehen von hier. Darum mußte ich die Wahrheit sagen. Das ist ja das Einzige, wodurch ich alles wieder etwas gutmachen kann.“

Wieder schwiegen beide. Nach einer Weile fragte Annemarie: „Weiß Herr Henning von dem allen?“

„Nein. Bis jetzt nicht.“

„Aber jetzt wollen Sie es ihm sagen?“

Thea senkte die Augen. „Ich werde es wohl müssen.“

Annemarie nahm ihre Hand. „Finden Sie das nicht selbst?“

Thea nickte als Zeichen der Zustimmung. Sie konnte plötzlich nicht weiter sprechen. Sie fühlte sich so müde, wie damals auf dem Bahnhof, als sie fortgewollt.

Annemarie nahm sie fachte in den Arm. „Ich verstehe Sie so gut und wünsche Ihnen so viel Glück. Aber ohne Wahrheit gibt es das nicht, Thea.“

Thea schwieg. Zwei Tränen saßen in ihren Augen.

„Noch eine Bitte,“ sagte Annemarie. „Wir wollen uns du nennen, ja?“

„Ja, Annemarie.“

„Meinen Namen kennst du also doch?“

Thea schlug beide Arme um Annemarie und küßte sie. Annemarie spürte, wie Theas Tränen auf sie glitten, und sie wischte sie mit ihrem Taschentuch ab.

Thea lachte. „Ich glaube wahrhaftig, ich habe gekennnt. Ich bin doch ein verdrehtes Hundchen, nicht wahr?“

Als Henning nachmittags kam, ließ ihn Thea in ihr Zimmer bitten.

Er war noch nie darin gewesen. Er war glücklich, daß er das heute durfte. „Liebe Thea, ein größeres Geschenk konntest du mir nicht geben.“

Sie lächelte müde. „Seh dich, bitte. Ich muß etwas mit dir sprechen.“

„So streng?“ Aber als er sie ansah, erstarrte ihm der Scherz. Sie sah so ernst aus, so fremd und eigentlich auch überlegen. Ihn überströmte eine kalte Welle der Angst.

Stets hatte er den Abstand zwischen sich und ihr gespürt. Nie war sie ihm trotz gelegentlicher Zärtlichkeiten so nahe gekommen, wie eine Braut dem Bräutigam kommen sollte oder wie er sich das doch ausgemalt hatte. Aber er war ja am Ende nur ein unbeholfener, ungewandter, schüchtern Mensch, unbewandert in den Gewohnheiten ihrer Welt. So hatte er erwartet und gehofft, von einem Tag zum anderen, immer von dem dunklen Gefühl überschattet, daß das alles eines Tages ein Ende haben werde. Seit Oberlehrer Sanders tot war, hatte er auch die letzte Möglichkeit verloren, sich zu einem Menschen über sie auszusprechen. Nein, gemüßlich war seine Verlobungszeit nicht gewesen.

Und nun sah sie da drüben, ohne ihm die Hand zu geben, und blickte drein, als ob sie ihn zum ersten Male sähe. Oder als ob sie ihm den Abschied geben wollte. Henning war unruhig und aufgeregter. Wenn sie nur sprechen wollte! Dieses Schweigen war unerträglich. Mit jeder Minute Schweigens schien sie weiter von ihm fort zu gleiten.

Er sprang auf. „Sprich doch, Thea. Nur ein Wort!“

Und er griff nach ihrer Hand.

Sie zog beide Hände auf den Rücken.

„Was soll das, Thea?“

Sie sah ihn fragend an, verwundert, wie einen Fremden. Und schwieg immer noch.

„Du wolltest mir doch etwas sagen, Thea, so sag es doch. Spann mich doch nicht auf die Folter.“ Und er zerblätterte das Resedasträußchen, das er noch immer hielt, in seinen Händen.

Thea blickte nachdenklich auf diese dicken Hände und die mattgrünen Blüten, die zur Erde fielen.

„Du siehst doch, daß ich leide,“ fuhr er fort.

„Weidest du?“ sagte sie endlich und sah ihn wieder mit jenem festam präsensenden Ausdruck an, der ihn immer mehr beunruhigte.

„Ja, ich leide,“ sagte er erregt. Er schrie es fast. „Das mußt du doch wissen. Du weißt doch, daß ich dich liebe!“

„Das weiß ich,“ sagte sie langsam, unnatürlich ruhig. „Aber ob du mich noch lieben wirst, wenn ich dir alles gesagt habe, — das ist eben die Frage.“

„Thea!“

„Ja, das ist eben die Frage,“ wiederholte sie in demselben müden Tonfall.

„Ich schwöre dir, daß ich dich immer lieben werde.“

„Ja, aber ob du mich dann noch zur Frau haben willst?“

Sie sprach immer ganz langsam, als müsse sie sich mühsam überlegen, was sie zu sagen habe und ob sie es überhaupt sagen sollte.

Er trat dicht vor sie. „Liebst du einen anderen?“ fragte er heiser.

„Wie kommst du darauf?“

„Ich weiß, daß etwas zwischen uns steht, die ganze Zeit — die ganze Zeit. Aber ich wollte nicht in dich dringen. Ich dachte, das würde nun, wo wir Brautleute sind, wieder verschwinden.“

„Seh dich wieder hin. Nein, dorthin. An den Tisch. Dann will ich alles sagen.“

Henning setzte sich gehorsam an den angewiesenen Platz. Die ganze Stube lag zwischen ihnen. „Nun,“ sagte er, ungeduldig mit dem Fuß auf den Boden klopfend.

Langsam begann sie zu erzählen, immer vor sich her auf den Boden sehend, wo die kleinen zerrupften Resedasträußchen lagen. Sie sprach von ihrer Liebe zu Lothar. Sie erzählte von ihrem Fluchtversuch, und wie Annemarie sie zurückgebracht.

(Fortf. folgt.)

Wucher die Bahn freigemacht hat. Der Magistratsvorschlag mag gut gemeint sein, aber

2 Millionen sind ein Tropfen auf einen heißen Stein, mindestens das Doppelte ist erforderlich; prinzipiell stimmen wir dem Antrag Schumacher zu. Stadtrat Weise wendet sich gegen diesen Antrag.

Um 10 1/2 Uhr macht ein Schlussantrag der weiteren Erörterung ein Ende. In der Abstimmung werden alle Änderungsanträge einem Ausschuss überwiesen. Die Magistratsvorlage wird angenommen.

Der Antrag auf Einführung einer Steuer auf den Verkehr in Augustlokalen gelangt zur Annahme.

Schluss: 11 1/2 Uhr.

Brotstreikdrohung der Bäckermeister.

Die Konsumgenossenschaft auf der Brotkarte.

Die Ausnutzung der Brotkarten zu Reklamezwecken bringt der Stadt eine erwünschte Einnahme. Bei der Konsumgenossenschaft war der Wunsch entstanden, sich dieses Werbe-mittels auch einmal zu bedienen. Nachdem die zur Prüfung eingehenden Legte die Genehmigung der Ernährungs-deputation erhalten hatten, wurden für zwei Wochen im ganzen 8 Millionen Karten mit der Reklame der Konsumgenossenschaft gedruckt.

Der Text für die Karten der einen Woche lautete:

100 000 Brote täglich können wir mit unseren 74 Doppelauszugöfen in unseren drei Kiesenbäckereien herstellen.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Konsumanten, schließt Euch zusammen! Kauft nur im eigenen Geschäft!

Auf den Karten für die andere Woche stand:

Pfeffertuchen, Torten, Weihnachtsstollen usw., Brot und Backwaren kauft man sehr vorteilhaft in der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

152 Verkaufsstellen in Groß-Berlin.

Kaum waren die ersten dieser Karten ausgegeben, so kamen die Bäckermeister zum Oberbürgermeister gelaufen und verlangten, daß diese Karten für ungültig erklärt würden. Auf Karten mit solchen Reklamen der Konsumgenossenschaft würden sie kein Brot ausgeben, erklärten sie auf das Bestimmteste. Die unehörte Drohung der den Wettbewerb der Konsumgenossenschaft fürchtenden Bäckermeister rief im Rathaus die Befürchtung hervor, daß die Bevölkerung der Gefahr einer Brotsperrung ausgesetzt würde, wenn man die Karten beibehielt. Infolgedessen wurde angeordnet, daß die beanstandeten Karten tatsächlich für ungültig zu erklären seien.

Gegen diese Anordnung erhebt die sozialdemokratische Stadtverordnetenversammlung Einspruch. Sie hat folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Beschluß, durch den die Brotkarten mit der Anzeige der Konsumgenossenschaft für ungültig erklärt sind, aufzuheben. Helmman und Genossen.“

Die Bäckermeister hatten kein Recht, die Brotlieferung abzuwehren. Daß ihnen die Reklame der Konsumgenossenschaft un- bequem ist, wollen wir schon glauben. Aber wohin kämen wir, wenn jeder Bäckermeister seiner Abneigung gegen ein durch die Brotkarte verbundenes Geschäft die Folge ziehen ließe. Man hätte es ruhig darauf ankommen lassen sollen, ob die Bäckermeister ihre terroristische Drohung wahr machen würden. Der sofortige Ausschluß von weiterer Reklamlieferung würde sie rasch kurieren haben.

Wir roten dringend, die Brotkarten mit den Reklamen der Konsumgenossenschaft sorgfältig aufzubewahren. Zweifellos wird die Stadtverordnetenversammlung beschließen, daß die Karten doch noch aufgerufen werden.

Wucherer-Razzia.

Vorgehen der Polizei gegen den Wucher.

Im Laufe des gestrigen Tages ist es in verschiedenen Teilen der Stadt zu Ansammlungen und Zusammenrottungen gekommen, die aber durch Streifen der Schutzpolizei auseinandergetrieben und aufgelöst wurden.

Vor dem Arbeitsnachweis in der Gormannstraße hatten sich etwa 300 Personen versammelt, die geschlossen durch die Altschön-hauser Straße marschierten, aber von der Schutzpolizei zum Auseinandergehen gezwungen wurden. In der Pantower Rathaus ver- suchten gleichfalls 200 Personen einzudringen, wurden aber von Polizeibeamten daran gehindert. Man dort begab sich die Menge zum Pantower Arbeitsnachweis, um sich Geldunterstützungen für Lebensmittelanzufang zu holen. Auch hier gelang es, die Menge zu zerstreuen. In Welshense kam es gleichfalls zu Aufmärschen und Demonstrationen, die zerstreut wurden. Leider gelang es dann nach einem zerstreuten Trupp, sich zu sammeln und nach der Dreiß- wader Straße zu ziehen, wo der Bäckerladen von Hoff und das Verkaufsstell des Schildermeisters Henze geplündert wurden. Die Schutzpolizei nahm 43 Plünderer fest und lieferte sie ins Polizeipräsidium ein.

Angeichts dieses bedauerlichen Vorkommnisses und der weiterhin anhaltenden starken Erregung der Käufermassen über die sprunghaft emporschnellenden Preise ist die folgende amtliche Mitteilung über das einschließende Vorgehen der Wucherabteilung des Polizeipräsidiums an der

Feststellung von 100 Wucherfällen

vielleicht geeignet, dem Vertrauen des Publikums in die Maßnahmen der Behörden zum Schutze der Konsumenten noch einen letzten Hauch zu gewähren. Amlich wird mitgeteilt:

Die Abteilung W des Polizeipräsidiums Berlin hat durch ihre besonders ausgebildeten Streifenkommandos am Montag die Lebens- mittelgeschäfte in den Polizeiamtsbezirken Wedding und Prenzlauer Tor auf etwa vorhandene Preissteigerungen und Unterlassung der Preisausgabe geprüft. In etwa 100 Fällen ist durch Vergleichung der Einkaufs- und Verkaufspreise der dingende Verdacht als begründet erkannt worden, daß erheblicher Preiswucher vorliegt. In sämtlichen Fällen sind sofort Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Außerdem wurden erhebliche Mengen von Waren, wie Zucker, Margarine, Mehl usw., vorgefunden, von denen anzunehmen war, daß sie zum Zwecke späterer Preissteigerungen zurück- gehalten worden waren. Die beschlagnahmten Waren werden dem Beschaffungsamt des Magistrats Berlin und gemeinnützigen An- stalten überwiesen. Ein gerichtliches Verfahren gegen diese Lebens- mittelgeschäfte ist eingeleitet worden. In ähnlicher Weise wird die Wucherabteilung die Verfolgung des Preiswuchers weiter forschen und auch auf alle Gegenzüge des lässlichen Bedarfs ausdehnen. Während also der amtliche Bericht von 100 Wucherfällen spricht, läßt in der Redaktion der Lei-Union offenbar ein sehr scham- haftes Kerchen, denn es mag, in seinem Bericht aus den amtlichen 100 Fällen in aller Harmlosigkeit „einige Fälle“, vermutlich um zu beweisen, wie ungerecht doch die Empörung des Volkes über den Wucher ist.

Im dem Wulleblatt „Abendblatt“ verhöhnt der bekannte Helm- krieger Graf C. Reventlow die Polizei. Er meint, es sei seit einigen Tagen in Berlin Mode geworden, Geschäfte zu plündern, aber die Polizei „belästigt“ die Räuber häufig nicht und ver- mahnt sie höchstens, nicht auf der Straße stehen zu bleiben. Das erlaubt sich der Graf zu sagen, trotzdem inzwischen von der Polizei bereits über 100 Personen, die Plünderungsaktionen mit- gemacht haben, festgenommen worden sind.

Auf der letzten Seite neben dem Beitrag eines Mitarbeiters mit dem schönen und für das Wulleblatt bezeichnenden Namen Analpopola findet sich dann noch ein Versuch, den Polizei-

präsidenten scham zu machen. Eine weitere ganz offenkundige Schamacherei findet sich im 6-Uhr-Abendblatt. Dort heißt es: „Da Polizeipräsident Richter jetzt durch seinen Erlaß jede An- sammlung verboten hat, haben die Schupo-Mannschaften auch das Recht zum Gebrauch der Waffe zur Zerstreung von An- sammlungen erhalten.“

Wenn es also noch dem Willen dieses Blattes geht, dann sollen die Schupo-Mannschaften, um eine Ansammlung zu zerstreuen, in die Menge hineinfahren dürfen. In der Not der Waffen be- ginnt das Bürgertum wieder einmal sein wahres Gesicht zu ent- halten, denn zweifellos kann eine reine Ansammlung ohne Ge- waltanwendung seitens der Versammelten einen Gebrauch der Waffen nicht rechtfertigen.

Teuerung / Steuern / Lohnbewegung

läuft das Thema der

Öffentlichen Volksversammlungen

am Freitag, den 25. November, abends 7 Uhr.

Genossen und Genossinnen! Sorgt für Massendurch!

„Mißstände im Berliner Osthafen“.

Im Februar d. J. erregten Veröffentlichungen über „Mißstände im Berliner Osthafen“ großes Aufsehen, die sich vornehmlich gegen den Hafendirektor Fischer richteten, nachdem der Magistrat unter dem 10. Februar 1921 der Presse eine amtliche Mitteilung dahin hatte zugehen lassen, daß „so schweres Material gegen den Direktor und Beiratsrat vorlag, daß der Magistrat deren sofortige Ent- lassung beschloß“. Es wurde noch mitgeteilt, daß die Untersuchung mit Hilfe des Staatsanwalts fortgeführt wird.

Der Hafendirektor Fischer, der ein Verbot von Anfang an bestritten hat, verfuhr vergeblich eine Nichtigstellung dieser un- zureichenden Veröffentlichung zu erreichen und erhob schließlich gegen die Stadtgemeinde Berlin Klage auf Zurücknahme dieser in der Öffentlichkeit ausgestellten Behauptungen, die sein Fortkommen schwer schädigen würden. Die mehrfach in diesem Prozeß an die Stadtgemeinde Berlin gerichtete Aufforderung, die Wahrheit dieser Behauptungen zu beweisen, blieb erfolglos. Nach verschiedenen Verhandlungen wurde die Stadtgemeinde Berlin zur Zurücknahme ihrer Behauptungen gegenüber der in Berlin erscheinenden Presse verurteilt.

Das Urteil stellt u. a. fest: Die Stadtgemeinde Berlin habe nicht einmal ein Disziplinarverfahren gegen Fischer eingeleitet und sei ohne dieses zu seiner sofortigen Entlassung gar nicht berechtigt gewesen. Die durch den Degenenten der Staatsanwaltschaft persön- lich geleiteten Ermittlungen, von deren Ergebnis die Gemeinde Berlin bereits unter dem 1. März 1921 benachrichtigt worden sei, ließen nicht erkennen, daß Fischer „irgendwie bewußt oder durch fahrlässige Duldung die im Osthafen vorgekommenen Diebstähle geför- dert habe. Er habe im Gegenteil sich bemüht, die ausgedehnten Eigen- tumsverletzungen nach Billigkeit und Strenge zu ahnden. Auch die einzelnen gegen Direktor Fischer erhobenen Vorwürfe seien un- begründet und rechtfertigen gegenüber einem Mann, der nach dem von der Stadtgemeinde selbst erteilten Zeugnis von einwandfreier Führung sei, nicht eine derartige Pressenennung. Der Anspruch auf Zurücknahme der Behauptungen in aller Öffentlichkeit sei also ge- rechtfertigt.“

Gegen Zwangsbeitreibung des Schulgeldes an höheren Schulen.

In den Kreisen der Elternschaft, deren Kinder höhere Schulen besuchen, ist eine heftige Erregung darüber entstanden, daß einige Bezirksämter jetzt damit vorgehen, das erhöhte Schul- geld durch Zwangsandrohungen einzuziehen. Die Vertreter unserer Fraktion in der städtischen Schuldeputation haben daher Gelegenheit genommen, diese gänzlich unhaltbaren Zustände zur Sprache zu bringen. Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die Stadtverordnetenversammlung seinerzeit der Erhöhung des Schulgeldes nur zugestimmt hat unter der Bedingung, daß gleichzeitig eine Befreiung und Stöpfung nach sozialen Gesichtspunkten lauffähig. Es ist — auch rechtlich — ganz unzulässig, aus diesem einseitigen Beschluß einen Teil, nämlich die Erhöhung an sich, herauszugreifen und daraufhin das höhere Schul- geld einzuziehen. Die Eltern, die sich weigern, jetzt schon das erhöhte Schulgeld zu bezahlen, sind also zweifellos im Recht.

Die Schuldeputation hat deshalb einstimmig beschlossen, bei der Finanzverwaltung dahin vorzulegen zu werden, daß eine zwangsweise Einziehung des Schulgeldes an den höheren Schulen bis zur Feststellung der Richtlinien für Befreiung und Stöpfung unterbleiben soll.

Angestelltenversicherung und Volksfürsorge. Durch die im Reichstag am 19. d. M. angenommene Novelle zum Angestellten- versicherungsgesetz ist angeordnet worden, nachzuweisen, ob bei den- jenigen Versicherter, die sich durch eine Lebensversicherung von der einen Beitragsleistung befreit haben, die Höhe der an die Ver- sicherungsgesellschaft geleiteten Beiträge dem Pflichtbeitrag bei der Angestelltenversicherung entspricht. Wo dies nicht der Fall ist, ist ein Erhöhungsantrag bis zum 31. Dezember 1921 zulässig. Die „Volkshilfe“ Gewerkschafts- Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft fordert daher die bei ihr versicherten Kollegen und Kolleginnen auf, sich sofort entweder mit dem bekannten Kaiserlich oder mit der Rechnung- stelle 1. Berlin SO 18, Engelauer 28 part. in Verbindung zu setzen, damit sie nicht in die Gefahr kommen, doppelte Beiträge leisten zu müssen.

Die Unterhaltrente für uneheliche Kinder von Müttern unteren Standes muß in Anbetracht der allgemeinen Geldentwertung um 70 Proz. gegen den Stand vom Mai d. J. erhöht werden. Der für Groß-Berlin amtliche Mindestunterhaltssatz beträgt daher nach einer Mitteilung des Nachrichtenamtes der Stadt Berlin mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab 240 M. monatlich.

Eine neue Krankenkasse. Der Minister für Volkswohlfahrt hat durch einen Erlaß des St.-Robert-Krankenbaus in Berlin-Schöneberg, Mühlent. 34, als Krankenkasse im Sinne der Vorschriften über die staatliche Prüfung von Krankenkassenpersonen anerkannt. Zugleich ist das genannte Krankenhaus als Prüfungs- station zugelassen worden.

Vollständigungsdarlehens im Bezirk Friedrichshagen. Dem Vor- bild anderer Bezirksämter folgend, hat nun auch das Bezirksamt Friedrichshagen sich die Aufgabe gestellt, auf gewöhnliche, finanziell erhaltbare Programme gegen mäßiges Entgelt durchzuführen. Am Sonntag, den 28. No- vember, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltete die Deputation für das Vollständig- wesen in der Aula des Realgymnasiums, Roppenstr. 76, einen Mittags- essenabend, der der letzten Nacht geweiht ist. Die Oberreife von Offenbach 57 Lehrling kündigt das Programm an. Eintrittspreis 1,50 M.

Erneute Aufführung bei dem Thema, aber das Ragnus Christoff an dem Veranstaltungsausschuß für die Frauen und Mütter von Groß-Berlin am 25. November im Berliner Rathaus, Saal 109, Einang Ragnusstraße, sprechen wird. Diskussion. Beginn 7 1/2 Uhr. Eintritt frei.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 23. November:

6. Ubr. (Keller 27.). 7 1/2 Uhr Schlußabend in den bekannten Lokalen. — Wir stellen am 2. Dezember stattfindendes Winterkonzert in Wilmers- parken im Eintrittspreise bei allen Bezirksführern und bei Delegationen, Sonnenländer Straße 11, zu haben.

17. Ubr. 7 Uhr Schlußabend bei Debus, Tegeler Str. 22, und bei Ullricher, Zeitstr. 49.

20. Ubr. Die für heute abend angeordnete Zusammenkunft der Parteigenossinnen und -genossen bei Kurzer, Capistr. 8, findet nicht statt.

24. Ubr. (Keller 27.). 7 1/2 Uhr Sitzung der Funktionäre bei Kurzer, Sonnen- lander 11.

40. Ubr. (Keller 27.). 7 Uhr Schlußabend in folgenden Lokalen: Bezirke 76-79 und 82 bei Schmidt, Kottbuser Str. 15; Bezirke 80, 81 und 88-91 bei Müller, Kreuzbergstr. 44; Bezirke 85-87 bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; Bezirke 92 und 93 bei Krieger, Vogelbergstr. 11.

42. Ubr. 7 1/2 Uhr Schlußabend in den bekannten Lokalen.

48. Ubr. (Keller 27.). 7 Uhr bei Ullricher, Zeitstr. 49, gemeinsamer Schluß- abend. Thema: „Die Jugendbewegung“. Referent: E. Albrecht. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder im Alter von 14-20 Jahren mitzu- bringen.

Charlottenburg. 31. Ubr. 7 1/2 Uhr Gruppenversammlungen: 1. Gruppe bei Schellberg, Mühlent. 34; 2. Gruppe bei Ullricher, Zeitstr. 49; 3. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 4. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 5. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 6. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 7. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 8. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 9. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 10. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 11. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 12. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 13. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 14. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 15. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 16. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 17. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 18. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 19. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 20. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 21. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 22. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 23. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 24. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 25. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 26. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 27. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 28. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 29. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 30. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 31. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 32. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 33. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 34. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 35. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 36. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 37. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 38. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 39. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 40. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 41. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 42. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 43. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 44. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 45. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 46. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 47. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 48. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 49. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 50. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 51. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 52. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 53. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 54. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 55. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 56. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 57. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 58. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 59. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 60. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 61. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 62. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 63. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 64. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 65. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 66. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 67. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 68. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 69. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 70. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 71. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 72. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 73. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 74. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 75. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 76. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 77. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 78. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 79. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 80. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 81. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 82. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 83. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 84. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 85. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 86. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 87. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 88. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 89. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 90. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 91. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 92. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 93. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 94. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 95. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 96. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 97. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 98. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 99. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 100. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a.

48. Ubr. (Keller 27.). 7 Uhr bei Ullricher, Zeitstr. 49, gemeinsamer Schluß- abend. Thema: „Die Jugendbewegung“. Referent: E. Albrecht. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder im Alter von 14-20 Jahren mitzu- bringen.

Charlottenburg. 31. Ubr. 7 1/2 Uhr Gruppenversammlungen: 1. Gruppe bei Schellberg, Mühlent. 34; 2. Gruppe bei Ullricher, Zeitstr. 49; 3. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 4. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 5. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 6. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 7. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 8. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 9. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 10. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 11. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 12. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 13. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 14. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 15. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 16. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 17. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 18. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 19. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 20. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 21. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 22. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 23. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 24. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 25. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 26. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 27. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 28. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 29. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 30. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 31. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 32. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 33. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 34. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 35. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 36. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 37. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 38. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 39. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 40. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 41. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 42. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 43. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 44. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 45. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 46. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 47. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 48. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 49. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 50. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 51. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 52. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 53. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 54. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 55. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 56. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 57. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 58. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 59. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 60. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 61. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 62. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 63. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 64. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 65. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 66. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 67. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 68. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 69. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 70. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 71. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 72. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 73. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 74. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 75. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 76. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 77. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 78. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 79. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 80. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 81. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 82. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 83. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 84. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 85. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 86. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 87. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 88. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 89. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 90. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 91. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 92. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 93. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 94. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 95. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 96. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 97. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 98. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 99. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 100. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a.

48. Ubr. (Keller 27.). 7 Uhr bei Ullricher, Zeitstr. 49, gemeinsamer Schluß- abend. Thema: „Die Jugendbewegung“. Referent: E. Albrecht. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder im Alter von 14-20 Jahren mitzu- bringen.

Charlottenburg. 31. Ubr. 7 1/2 Uhr Gruppenversammlungen: 1. Gruppe bei Schellberg, Mühlent. 34; 2. Gruppe bei Ullricher, Zeitstr. 49; 3. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 4. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 5. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 6. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 7. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 8. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 9. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 10. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 11. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 12. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 13. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 14. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 15. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 16. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 17. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 18. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 19. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 20. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 21. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 22. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 23. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 24. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 25. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 26. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 27. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 28. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 29. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 30. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 31. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 32. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 33. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 34. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 35. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 36. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 37. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 38. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 39. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 40. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 41. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 42. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 43. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 44. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 45. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 46. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 47. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 48. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 49. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 50. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 51. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 52. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 53. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 54. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 55. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 56. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 57. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 58. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 59. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 60. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 61. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 62. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 63. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 64. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 65. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 66. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 67. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 68. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 69. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 70. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 71. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 72. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 73. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 74. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 75. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 76. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 77. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 78. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 79. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 80. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 81. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 82. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 83. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 84. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 85. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 86. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 87. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 88. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 89. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 90. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 91. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 92. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 93. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 94. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 95. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 96. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 97. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 98. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 99. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 100. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a.

48. Ubr. (Keller 27.). 7 Uhr bei Ullricher, Zeitstr. 49, gemeinsamer Schluß- abend. Thema: „Die Jugendbewegung“. Referent: E. Albrecht. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder im Alter von 14-20 Jahren mitzu- bringen.

Charlottenburg. 31. Ubr. 7 1/2 Uhr Gruppenversammlungen: 1. Gruppe bei Schellberg, Mühlent. 34; 2. Gruppe bei Ullricher, Zeitstr. 49; 3. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 4. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 5. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 6. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 7. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 8. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 9. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 10. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 11. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 12. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 13. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 14. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 15. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 16. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 17. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 18. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 19. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 20. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 21. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 22. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 23. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 24. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 25. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 26. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 27. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 28. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 29. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 30. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 31. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 32. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 33. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 34. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 35. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 36. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 37. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 38. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 10a; 39. Gruppe bei Krieger, Vogelbergstr. 11; 40. Gruppe bei



Wie von den großen Jahrgängen 1911,
1915, 1917, haben wir uns auch von hervor-
ragenden Crescenzen der Jahre

1920 und 1921

in den deutschen Qualitäts-Weinbau-
gebieten große Mengen gesichert.

Die Weine dieser trefflichen Jahrgänge
dienen wiederum ausschließlich zur Herstellung
unserer einzigen Sektmarke

„Söhnlein Rheingold“

In feinsten Abstimmung werden die ein-
zelnen Jahrgangweine vereinigt und geben
so unserer Marke die ihr eigene Prägung. Die
gute Grundlage unserer Füllungen und die an-
schließende Pflege jeder Flasche bis zu edler
Reife sichern für unsere Marke allzeit

in Güte und Preis
das denkbar beste Verhältnis!

Söhnlein & Co.

Schierstein i. Rheingau.

Gegründet 1865.

Bezug durch den Weinhandel.

Arbeiterschaft und Volkshochschule

Von Dr. Alfred Guttman.

Ist es nicht seltsam, daß die Veränderung aller Zustände nach dem großen Zusammenbruch sich in der wichtigen Frage der Volksbildungsarbeit so wenig ausgewirkt hat...

Worin unterscheidet sich eine Volkshochschule von allen anderen ähnlich benannten oder wirklich ähnlichen Institutionen? Erstens: die Organisation muß eine enge Verbindung zwischen der Welt des Volkes und der des Forschers sein.

Zum zweiten: Lehrplan und Arbeitsmethode der Volkshochschule müssen sich fundamental von der Art scheiden, nach der bisher "Volksbildung" getrieben wurde.

Da Hörer und Lehrer im Vorstand vertreten sind, haben beide Teile auch an den organisatorischen Fragen

lebendigen Anteil und können ihre Erfahrungen hier praktisch verwerten. Andererseits müssen alle Beschwerden der interessierten Kreise im Vorstand zur Aussprache kommen.

Was kann eine Arbeiterpartei nun tun, um eine so skizzierte Volkshochschule der Arbeiterschaft nutzbar zu machen? Wer der Arbeiterschaft neben der wissenschaftlichen Begründung ihrer politischen Weltanschauung eine Kultur-

1. Die Partei muß ihren ganzen, in der Zahl ihrer Mitglieder begründeten Einfluß anwenden, um in der Verwirklichung genügend zu Wort zu kommen.

Kommunistische Obstruktion im Landtag

In der Landtags-Sitzung am Dienstag nachmittag beantragte vor Eintritt in die Tagesordnung

Abg. Dr. Meyer-Dittrich (Komm.), die Beratung des Entwurfs einer Geschäftsordnung von der Tagesordnung abzuweichen, da noch nicht das gesamte Material vorliegt.

Der Haushaltsrat der Geflügelverwaltung wird unter Ablehnung einer Reihe kommunistischer Änderungsanträge angenommen.

Es folgt der Entwurf einer Geschäftsordnung

in Verbindung mit einem demokratischen Antrag auf Einsetzung eines ständigen sozialpolitischen Ausschusses und eines kommunistischen Antrages auf Änderung des § 70 Abs. 1 der Geschäftsordnung.

Der kommunistische Antrag auf Abhebung der Geschäftsordnungsberatung wird abgelehnt.

Abg. Dr. Meyer-Dittrich (Komm.): Die Mehrheit hat nicht den Mut, dies zu erklären, daß man uns mundtot machen will.

Die Opposition muß dann natürlich zu schärferen Mitteln greifen. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt der Sabotage des Parlaments.

Abg. Schölich (Soz.): Der Kellerterrat wollte keineswegs die Kommunisten verewaltigen mit seinem Beschluß, hier nur eine Forderung zuzulassen.

Da wird Ihnen (zu den Komm.) schließlich doch noch die Kraft ausgehen, wie es heute nacht der Fall war.

Die "Rote Fahne" spricht heute von Ungeheuerlichkeiten, die sich an die Aenderung der Geschäftsordnung anschließen werden.

Mit Wassergläsern

längst man an und weiteres soll dann folgen. Gewiß ist das Parlament kein Mädchenpensionat und wir sind gegen manches abgelehnt, aber was sich jetzt hier abspielt, wird selbst von Leuten wie Dr. Meyer nicht geleugnet.

Man wirft uns vor, wir wären keine Moristen, aber Dr. Meyer hat uns nicht belehrt, was Marx denn über die Geschäftsordnung gesagt hat.

Abg. Kahl (Dem.): Wir können doch nicht mit der alten Geschäftsordnung weiterarbeiten, die zu der neuen Verfassung nicht mehr paßt.

Abg. Kahl (Dem.): Wir können doch nicht mit der alten Geschäftsordnung weiterarbeiten, die zu der neuen Verfassung nicht mehr paßt.

Abg. Kahl (Dem.): Wir können doch nicht mit der alten Geschäftsordnung weiterarbeiten, die zu der neuen Verfassung nicht mehr paßt.

Abg. Kahl (Dem.): Wir können doch nicht mit der alten Geschäftsordnung weiterarbeiten, die zu der neuen Verfassung nicht mehr paßt.

Abg. Kahl (Dem.): Wir können doch nicht mit der alten Geschäftsordnung weiterarbeiten, die zu der neuen Verfassung nicht mehr paßt.

Abg. Kahl (Dem.): Wir können doch nicht mit der alten Geschäftsordnung weiterarbeiten, die zu der neuen Verfassung nicht mehr paßt.

Abg. Kahl (Dem.): Wir können doch nicht mit der alten Geschäftsordnung weiterarbeiten, die zu der neuen Verfassung nicht mehr paßt.

parlamenten, im Parteivorstand, in den Bildungsausschüssen, bei den Funktionären betonen, um alle Instanzen dafür zu interessieren, daß die Partei im großen Ausschuß, wie im eigentlichen Vorstand genügend vertreten ist.

2. Die Partei muß die Arbeiterschaft in ihrem Sinne beeinflussen, muß bei den geeigneten Gelegenheiten der Allgemeinheit der Arbeiter klarlegen, daß erst durch ihre Mitarbeit diese Einrichtung zu einer wahren "Volks"-Hochschule wird.

3. Die Partei muß darauf achten, daß ihre Beisitzer an den Volkshochschulen als Lehrer mitarbeiten. Die Hochbegabten (deren Weiterentwicklung auch eine wichtige Aufgabe der Volkshochschule ist, — was z. B. an der Volkshochschule Groß-Berlin sehr wohl erkannt und durch besondere Fortbildungskurse zur Tat wird!) müssen von der Partei zunächst als Schüler, später als Lehrer für diese Zwecke herangezogen werden.

Zu § 1 sagt Abg. Plek (Komm.): Man will die Arbeiter mit der Geschäftsordnung mundtot machen und bei einem solchen Spiel helfen die Mehrheitssozialisten mit.

Abg. Leid (U. Soz.) wendet sich nochmals gegen den „Hausknechtsparagrafen“, den § 59.

Abg. Schölich (Soz.) weist die kommunistischen Angriffe zurück und beantragt, die Abstimmung über § 1 erst nach der über den § 59 vorzunehmen.

Abg. Busch (Komm.) redet gegen die Sozialdemokraten. Die Abstimmung über § 1 wird entsprechend dem Antrag Schölich zurückgestellt.

Abg. Kiffan (Komm.) wendet sich gegen die Art der Urlaubserteilungen, die er pedantisch findet, und beantragt daher die Streichung des § 2. Der Antrag wird abgelehnt und § 2 angenommen.

§ 3 betrifft die Regelung der Zusammensetzung des Vorstandes des Landtags nach der Neuwahl.

Abg. Gesele (Komm.) zieht gegen die Sozialdemokraten los. Abg. Schulz-Neufölln (Komm.) beantragt die Aussetzung der Verhandlung und verlangt die sofortige Besprechung der neuen Hungerstreikaffäre.

Abg. Limbergh (Soz.): Eine Vertagung der Aussprache ist nicht nötig. (Hört, hört! bei den Komm.) Hören Sie doch auf mit Ihren albernen Borwürfen. Ich habe doch selbst beantragt gehabt, einige Abgeordnete nach Lichtenburg zu entsenden.

Abg. Bod (U. Soz.) beantragt die Einsetzung eines interfraktionellen Ausschusses zur Prüfung der Verhältnisse an Ort und Stelle. Abg. Kahl (Komm.) verlangt, daß der Justizminister über die neuen Klagen Rede und Antwort stehen soll.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Schulz-Neufölln und Menzel (Komm.) wird der Antrag auf

Ueberweisung der Wittenberger Angelegenheit an den Lichtenburger Ausschuß

gegen die Rechte und einen Teil des Zentrums angenommen. Darauf wird die Verhandlung fortgesetzt.

Nach § 4 besteht der Vorstand aus dem Präsidenten, 3 Vizepräsidenten und 8 Beisitzern und wird zu Beginn jeder Tagung gebildet. Die Abstimmung, die auf kommunistischen Antrag am 21. d. M. ergab, ergibt Annahme mit 219 gegen 25 Stimmen.

Nach § 5 bilden der diensttuende Präsident und die beiden Beisitzer den Sitzungsvorstand.

Abg. Schulz-Neufölln (Komm.) beantragt, daß der Sitzungsvorstand aus 2 Kommunisten, 2 Unabhängigen und einem Sozialdemokraten bestehen müsse, da Mitglieder bürgerlicher Parteien nicht imstande seien, die Rechte des Hauses zu wahren. Es wird vielfach nötig sein, auch noch drei Polizeileutnants in den Sitzungsvorstand aufzunehmen.

§ 5 wird angenommen. § 6 bestimmt die endgültige Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten 4 Wochen nach den Neuwahlen des Landtages.

Abg. Neumann-Berlin (Komm.) begründet einen Antrag seiner Fraktion gegen diese Art der Wahl des Vorstandes. Präsident und Vizepräsidenten müßten jederzeit durch ein Misstrauensvotum abgerufen werden können.

Die wiederum namentliche Abstimmung ergibt die Beschlußunfähigkeit. Mittwoch 12 Uhr: Weiterberatung, Haushalt. Schluß gegen 6 Uhr.

Der Kellerterrat beschloß bezüglich der Haushaltsberatung: Für Kultur sind 3 Tage vorgezogen, für Volkswohlfahrt, Landwirtschaft, Inneres und Bergbau je 2 Tage, für die übrigen kleineren Etats je ein halber Tag. Redezeit für Kultur 2, für die übrigen größeren Etats je 1 1/2, für die kleineren je 1/2 bis 3/4 Stunde.

Die Haushaltsberatung soll auf jeden Fall bis Weihnachten abgeschlossen werden. Von nächster Woche ab sollen am Mittwoch und Donnerstag Abendstunden von 7-10 1/2 Uhr eingelegt werden. Sonnabend und Montag sollen sittingsfrei bleiben.

Weiterbericht bis Donnerstag mittag. Im Norden trocken, vielach weiter und etwas kühler, im Süden anfangs noch überwiegend trübe und neblig, aber ziemlich mild, später zeitweise aufstrebend und kühlende Temperatur. (Schluß des redaktionellen Teils.)

Hühneraugen Hornhaut, Schwielen u. Warzen beschützt das ärztlich empfohlene milchsaure Pulver Kukirol in Apotheken u. Drogerien erhältlich

DEGEA Elektrischer Teekessel D.R.G. Eleganter Geschenkartikel Teesieb leicht entfernbar - Praktisch Sauberste, künstlerische Ausführung Hodiglanz vernickelt. Überall erhältlich Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft Berlin O 17

